

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 117

SONNTAG, 8. Sept. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Gegen die Rassenhetze

Die nächste Kriegsgefahr

Deutschland schimpft

Der Kongreß der Komintern

Die Welt entdeckt den Faschismus

Demokratie ist Frieden — Faschismus ist Krieg

Lang hat es gewährt, jetzt aber tritt es ein: Mussolini wird erkannt.

Wie hat bis vor wenigen Wochen die Weltpresse diesen Mann gepriesen, den Erneuerer Italiens, den Erwecker seines Volkes. Die Pünktlichkeit der Eisenbahnen und die Vorzüglichkeit der neuen Autostraßen, die Weizenschicht und die Entwässerung der pontinischen Sümpfe, die interessanten Ausgrabungen in Rom und Pompeji zeugten von der wirtschaftlichen Einsicht und der hohen Kultur dieses großen Geistes. Bewundernswert aber vor allem, was die Tatkraft dieses Einzigen aus dem italienischen Volk zu machen gewußt hat. Emporgerissen aus seiner Gleichmütigkeit und Friedfertigkeit, von nationalem Elan befeuert, wurde es zum mächtigsten Instrument in der Hand des großen Staatsmannes, der ungehört durch Parteintrige und parlamentarische Hemmungen sein Volk zur Sonnenhöhe internationaler Geltung heraufführte.

Und dieser Staatsmann selbst, wie war er mit seinen höheren Zielen gewachsen! Freilich im Anfang hatte manches, was er sagte, etwas beunruhigend gewirkt. Zu laut erklang das Lob der Gewalt zu hoch das Lied vom männlichen Krieg, zu frech der Spott über den Völkerbund. Aber waren denn das nicht nur Rezepte für den inneren Gebrauch, nötig, um die Massen immer wieder für die Diktatur zu begeistern, ihnen Ersatz zu bieten für prosaische Dinge wie Brot und Polenta, für die selbst ein so großes Genie zumal in Krisenzeiten nicht immer sorgen kann? Die anderen Staatsmänner glaubten es gern, und die Weltpresse pries unbeirrt den großen Duce, zu dem die Macdonald und Henderson fuhren, um seine Mitwirkung für die Schlichtung der mitteleuropäischen Probleme zu suchen, für den sie bei Deutschland und Frankreich warben, um sie ihm als Bundesgenossen zuzuführen. Als Schiedsrichter Europas erschien der Duce; mit England, Frankreich und Deutschland im Viermächte-Pakt vereint, wollte er als Ausschlaggebender dem Völkerbund das Gesetz diktieren und seine »hierarchische Ordnung« Europa auferlegen als sein größter Staatsmann...

Mussolini — und das hieß für Millionen der Faschismus — stand im Zenith seines Ansehens. Es tat ihm auch nicht Abbruch, als der Freund, den er selbst so lange gehegt hatte, den er in den ersten Zeiten seines schwierigen Aufstiegs so kräftig unterstützt hatte, als Hitler ihn verriet. Als alle zauderten, rettete da nicht der Aufmarsch am Brenner den Frieden Europas? Hatte der Starke sich nicht als Friedensfürst erwiesen? Nicht mehr im Viererpakt mit Deutschland, wie Englands verunglückte Friedensmacher es gewünscht hatten, aber in Stressa mit England und Frankreich vereint soll Mussolini den Donaupakt zur Ordnung Mitteleuropas in Angriff nehmen, mit den Westmächten zusammen der Garant der neuen »kollektiven Sicherheit« des Friedens werden, er, der Faschist.

Groß ist Mussolini und seiner Macht bewußt. Aber nicht den Frieden Europas besinnt er, sondern mehr Macht will er erringen, den Nationalismus neu entfachen, der ihm seine Herrschaft verlängern und das Fundament festigen soll, das unter den Folgen seiner Mißwirtschaft zu wanken anfängt. Das abessinische Abenteuer beginnt.

Die Staatsmänner Europas verstehen es nur zu gut. Der Diktator muß sein Prestige mehren, neuen Ruhm erwerben, neues Land dem Volk verschaffen, das unter dem Druck seiner Herrschaft zu ersticken droht. Denn das ist das Gesetz, nach dem er angetreten. Dem Zweck müssen die Mittel dienen; deshalb der kriegerische Aufwand, die riesigen Mobilisierungen, die drohenden Reden, die brüskten Gesten. Aber das alles ist doch nur zum inneren Gebrauch. Der große Staatsmann wird doch nicht das Friedenswerk gefährden, Europa in größte Gefahr stürzen, die mühsam niedergehaltene Unruhe in der Welt der farbigen Völker in gärende Erregung verwandeln? Am Verhandlungstisch werden wir die Lösung finden: Mussolini erhält

seine wirtschaftlichen und politischen Einflußsphären in Abessinien; den Negus werden wir zwingen. Siegeskrönt ohne Krieg pflückt er die Früchte seiner Energie, kann er seinem Volke die Erfolge seiner staatsmännischen Kunst weisen. Verschaffen wir ihm den Triumph, und seine Bundesgenossenschaft ist uns neu gesichert. Sie haben mit dem Staatsmann gerechnet, und sie haben — sich verrechnet! Sie hatten den Faschisten vergessen, der den Krieg braucht und auf ihn nicht verzichten kann. Der den Sieg braucht, den blutigen, in mörderischen Schlachten errungenen Sieg, weil er den Rausch braucht, die Siegestrunkenheit, die das Volk aufs neue ihm zu Füßen wirft. Sie haben sich verrechnet, weil sie nicht glauben wollten, daß der

Faschismus der Krieg ist. Jetzt entdecken sie es — zu spät.

Und sie entdecken mehr! Sie verlassen die Prachtstraßen und wenden den Blick von den herrlichen Schätzen, die die Ausgrabungen erschlossen haben, und sie sehen das zermalende Elend des italienischen Landvolkes. Sie erkennen plötzlich die Wahrheit, daß die ganze Wirtschaftspolitik des Faschismus mit seinen Korporationen und Zwangskartellen nichts anderes bedeutet, als alle menschlichen und materiellen Produktionsfaktoren in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen. Schauernd und hoffend zugleich konstataren die bisherigen Bewunderer Mussolinis den Bankrott. Gewaltig ist die Armee und reich ausgestattet mit all den riesigen Hilfsmitteln des modernen Krie-

Hat Hitler vor Polen kapituliert?

Ultimatum Pilsudskis im Sommer 1933?

Für die kritische Beurteilung der Außenpolitik der Hitlerdiktatur wie für die künftige Geschichtsschreibung ist es wichtig, die folgende Frage zu klären: »Mußte die Hitlerdiktatur im Mai 1933 ernsthaft mit dem Präventivkrieg rechnen oder konnte sie völlig risikolos an die Aufrüstung gehen?«

Die polnische Propaganda hat zur Zeit des Aufenthalts Mr. Edens in Warschau behauptet, Pilsudski sei zum Präventivkrieg entschlossen gewesen, aber Frankreich habe ihn im Stich gelassen.

Am 23. Mai 1935 hielt der Londoner Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur, Dr. Stefan Litauer, einen Vortrag vor dem Royal Institute of International Affairs in London über die Rolle Polens zwischen Deutschland und Rußland. In diesem Vor-

trag, der offizielle Autorität beanspruchte, führte Litauer aus:

»Als Hitler zur Macht kam, war es Pilsudski klar, daß wir mit den Konsequenzen des potentiellen Wachstums der deutschen Kräfte rechnen mußten. Zwei Wege waren offen, der eine war, sich der revolutionären Bewegung entgegenzustellen, noch bevor sie sich wie ein Lauffeuer ausbreiten und alles auf ihrem Wege verzehren konnte; der andere war, eine freundschaftliche Hand auszustrecken und ihr Wohlwollen zu gewinnen. Pilsudski faßte zunächst den ersten Weg ins Auge und sondierte die Haltung der französischen Verbündeten. Frankreich lehnte ab, da es sich nicht stark genug zum Präventivkrieg fühlte.

Pilsudski forderte daher Hitler auf eigene Faust heraus. Wie Pilsudski einst Woldemars in Genf mit der Frage herausgefordert hatte: »Krieg oder Frieden?«, so

stellte er Hitler dem gleichen Ultimatum gegenüber: »Krieg oder Frieden?« Hitler wählte den Frieden, und man muß ihm die Gerechtigkeit angedeihen lassen, daß er ihn wirklich meinte.

Was Polen nicht von Brüning erlangen konnte, noch von Hermann Müller, noch von dem berüchtigten »Geist der Versöhnung« Stresemanns, das hat es gegenwärtig von Adolf Hitler erreicht.

Diese Behauptung wurde in der Diskussion unterstrichen. Mr. V. Poliakoff führte aus:

»Es kann nicht geleugnet werden, daß Pilsudskis Ultimatum an Hitler, das der Ursprung der guten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland war, die Drohung mit einem Gewaltakt darstellte.«

Der Vortrag Litauers mit einer Zusammenfassung der Diskussion ist in den Veröffentlichungen des Instituts erschienen (International Affairs, Vol. XIV, Nr. 5, Sept./Okt. 1935, S. 654 ff), denen wir die zitierten Stellen entnommen haben. Der Gesamtcharakter des Vortrags wird am besten gekennzeichnet durch die Behauptungen Litauers, daß die Weimarer Republik als Erbin der preußischen Staatsraison eine stete Drohung gegen Polen gewesen sei, während Hitler die preußische Hegemonie und den preußischen Militarismus in Deutschland zerstört habe und deshalb eine Garantie des Friedens sei.

Gegenüber seinen bestimmten Behauptungen aber erhebt sich die Frage: Ist es richtig, daß Hitler vor einem Ultimatum Pilsudskis kapituliert hat?

Reichswehr und System

In Amsterdam kamen 14 Deserteure der Reichswehr an, die sich nach Möglichkeiten erkundigten, weiter nach England zu kommen. Darunter waren zwei Offiziere und mehrere Unteroffiziere. Sie erklärten, daß sie in Berlin in der Kaserne gegen Hitler aufgeputscht hätten und erst einige Tage eingesperrt gewesen seien. Dann wurden sie vom Regimentskommandeur in Freiheit gesetzt, sollten aber auf Antrag der Regierung ins Gefängnis gebracht werden. Die Gelegenheit, zu entfliehen, hätten sie ungestört gemeinsam benutzt.

Gegen die Rassenhetze!

Von Otto Wels.

»Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt«, forderte der große deutsche Patriot Johann Gottlieb Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation. Und wahrlich, kein Mensch hat ein eigenes Verdienst daran, einem bestimmten Volk, einer bestimmten Rasse oder Klasse anzugehören. Niemals kann der Zufall der Geburt über den Wert eines Menschen entscheiden. Erst seine eigene Leistung zeigt seinen Wert für die menschliche Gesellschaft.

In dieser Wahrheit ist die unversöhnliche Ablehnung des Antisemitismus begründet. Heute wälzt sich eine Schlammflut antisemitischer Hetze durch die deutschen Lande. Alle Dämme sittlichen Empfindens, der Achtung des Menschen vor dem Menschen werden niedergedrückt. Eine Seuche der Niedertracht, beispiellos in ihrer verlogenen Gemeinheit, geht von den heutigen Gewalthabern Deutschlands aus und droht alles zu vergiften. Zu ihrer Abwehr ist die ganze Kulturwelt verpflichtet, wenn sie nicht zum Mitschuldigen werden will an dem Verbrechen, das in Deutschland nicht nur an den Juden, sondern am ganzen Volke verübt wird.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stets ein Anwalt der Verfolgten und Be-

drückten gewesen. So stand sie in ihrer Jugendzeit gegen Bismarck auf Seiten der bedrängten Katholiken. Sie ist den Auffassungen aus jener Zeit, in der sie selbst verfolgt und geächtet war, auch treu geblieben in jenen Perioden ihrer Geschichte, in denen sie an der Macht im Staate Anteil hatte. Sie darf deshalb auch jetzt, da sie selbst wieder zu den Verfolgten gehört, ihre Stimme erheben gegen die Schmach, mit der die Usurpatoren den deutschen Namen besudeln.

Wir Sozialdemokraten kennen das deutsche Volk. Es hat mit dem eklen Treiben der Judenhetzer nichts zu tun. Diese Hetze ist nur darum möglich, weil alle anständigen Teile des Volkes unter stärkstem Druck gehalten werden. Nicht nur Juden, auch Sozialdemokraten und Kommunisten, Katholiken und Protestanten, füllen die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser. Dennoch ist der Geist des Widerstandes nicht tot, er lebt und wächst. Ihn mit allen Kräften zu fördern, betrachten wir deutschen Sozialdemokraten als unsere heilige Aufgabe. An die ganze gesittete Welt aber ergeht unser Ruf: Helft denen, die Recht und Menschlichkeit in Deutschland wieder herstellen wollen!

Die nächste Kriegsgefahr

Der Hitler-Faschismus kommt ins Spiel

ges. Sie zu verschaffen, mußten die elenden Löhne und Gehälter immer mehr gedrückt werden, um die Produktion für den Konsum zu drosseln und alle Produktionskräfte für die Herstellung des Kriegsmaterials freizusetzen. Sie zu schaffen, mußte die Einfuhr der Lebensmittel eingeschränkt werden, um die Einfuhr der Kriegsrohstoffe zu steigern, mußten kostspielige Ersatzproduktionen mit staatlichen Mitteln gefördert, die »Nahrungsfreiheit« mit verschwenderischem Aufwand errungen werden. Um dies alles zu finanzieren, mußten sämtliche liquiden Mittel der Volkswirtschaft in den Dienst der Kriegsführung gestellt, die Einlagen der Sparkassen, der Banken, der Versicherungsgesellschaften in Rüstungswechsel und Staatsanleihen verwandelt werden. Und da das alles noch nicht ausreichte, mußte der Goldschatz eingesetzt werden bis zur drohenden Erschöpfung, bis zu seiner Verwandlung aus einer Währungsgrundlage und einer Reserve zum Ausgleich internationaler Zahlungen zum rasch sich vermindern Kriegsschatz, der sich in wenigen Wochen durch Ankauf neuen Kriegsmaterials um fast eine Milliarde Lire verringert.

Mit Erstaunen entdecken sie aber auch, daß selbst der Bankrott den faschistischen Diktator nicht von seinem Krieg abhält. Unheimlich sind ihnen die neuen Wirtschaftsmaßnahmen: Beschlagnahme aller auswärtigen Guthaben und ihre Zwangsverwandlung in innere Anleihe, während die Kurse der alten trotz aller Stützungen rapide zurückgehen und ihre endgültige künftige Wertlosigkeit dadurch anzeigen; Beschränkung der Dividenden und Anlage des Ueberschusses in diesen sich entwertenden Staatspapieren, zehnprozentige Besteuerung aller Erträge aus Aktien und Obligationen — nach der Expropriation der Massen beginnende Expropriation der anderen Schichten zur Finanzierung des faschistischen Krieges.

Und sie entdecken immer noch mehr. Ohne Krieg wäre es doch Mussolini möglich gewesen, in Abessinien alles zu erlangen, was er vernünftigerweise nur wünschen konnte, wirtschaftliche Durchdringung und politischen Einfluß. Leicht wollten sie es dem Bundesgenossen machen und auch finanzielle Hilfe wäre ihm zuteil geworden. Und wie hätten sie den Ruhm des großen Staatsmannes aufs neue gepriesen, der durch sein weises Eingehen auf ihre Vorschläge den Frieden Europas gesichert und zugleich ein Mehreres seines Landes geworden wäre. Und jetzt stürzt er Europa in neuer Gefahr und schwer abwendbares Verderben. Ist er bei Sinnen? Gibt es denn in ganz Italien niemand, der ihn zurückhalten kann? Und bestürzt erkennen sie das Wesen des Faschismus, der Diktatur. Nein, es gibt niemanden! Gefesselt ist die Presse, aus der sich der Protest erheben könnte; geknebelt die Massen, eingereicht von frühesten Jugend in die militärischen Formationen, unterworfen der eisernen Disziplin des beherrschenden Apparates, vergiftet durch die nationalistische und militaristische Erziehung; entrechtet, der Verantwortung beraubt, sind sie unfähig, den Diktator zu hemmen, wenn er die Brandfackel an das Pulverfaß legt. Das ist die Diktatur, das ist ihre Ueberlegenheit über den Parlamentarismus und den Parteienstaat, und zu spät entdecken sie, daß die Besiegung der Demokratie die Niederlage des Friedens ist, und daß es Wahrheit ist, was wir sagen: Der Faschismus ist der Krieg!

Mussolini heißt der eine, Hitler der andere. Brauchen wir erst noch auszuführen, daß alles, was wir über den italienischen Faschismus gesagt, mit noch viel größerem Nachdruck vom deutschen Nationalsozialismus gilt? Nur daß die Dynamik der deutschen Diktatur noch eine viel schnellere ist, die kriegerische Wucht ungleich gewaltiger, die Ziele bedrohlicher, die Machtmittel ungeheuerlicher. Mit Kleinigkeiten wie Abessinien gibt sich der deutsche Nationalismus, heute ungleich aggressiver, bewußter und hemmungsloser als 1914, nicht ab. Mögen die Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und deutscher Diktatur sonst sein, welche sie wollen, mit gleichen Mitteln und auf gleichem Wege hat die deutsche Horde die Wirtschaft in Kriegswirtschaft, das deutsche Volk in willenloses Kriegsvolk verwandelt. Gleich ist der Weg und gleich das Ziel am Ende des Weges: der ruhmvolle, alles Elend im Innern beendende siegreiche Krieg.

Während in Genf verzweifelt nach Lösungen gesucht wird für die unlösbare Frage, wie kriegslüsterne Diktaturen in ein System der kollektiven Sicherheit und des Friedens eingebaut werden können, schiebt sich die deutsche Diktatur hinter den Kulissen langsam ins Spiel. In einem Aufsatz der »Basler Nationalzeitung« (Nr. 391), der großes Aufsehen erregt hat, heißt es:

»Dazu kommt ein Letztes und das ist die deutsche Sphinx. Auch hier haben geheime Besprechungen zwischen England und Deutschland und zwischen Italien und Deutschland stattgefunden. Es ist ziemlich ersichtlich, daß derjenige, der in der abessinischen Frage enttäuscht wird, sich Deutschland nähern wird, das auffallend schweigsam (es redet ja sonst in der Regel zu viel) die Sachlage beobachtet und abwartet. Erst in allerletzter Zeit haben sich Gerüchte den Weg zur öffentlichen Kenntnis durchgearbeitet. Man erzählt von der Absicht einer europäischen Rückendeckung Italiens durch Abschluß eines zehnjährigen Nichtangriffspaktes mit Deutschland, den Mussolini zu schließen beabsichtigt. Und Herr von Papen ist sehr eilig nach Berlin gereist, vermutlich nicht zu einem bloßen Bierabend im auswärtigen Amt. Der englische Mann der deutschen Außenpolitik, Herr von Ribbentrop, wartet, ob er Herrn von Neurath ersetzen darf. Alles wird sich in kürzester Zeit enthüllen. Nur kann soviel schon gesagt werden, daß England durch sein Flottenabkommen mit Deutschland schon eine Voraussetzung gemacht hat, die einzuholen Italien schwer fallen wird, es müßte denn Oesterreich fallen lassen. Und England hat mit dem Ange-

bot der Rückgabe eines Mandates über ehemalige deutsche Kolonien an Deutschland noch einen Trumpf in der Hand, der wohl selbst sehr hohe italienische Karten sticht.«

Hier handelt es sich nicht um Kombinationen, sondern um die Lüftung eines Zipfels des Schleiers der modernen Geheimdiplomatie. Ein deutscher Vorstoß zunächst in der Kolonialfrage wird propagandistisch bereits vorbereitet. Am 27. August schrieb die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in Berlin:

»Wenn heute die Frage der Neuverteilung des afrikanischen Kolonialbesitzes aufgeworfen wird, so hat auch das Deutsche Reich Recht und Anspruch, nicht übergangen zu werden. Unter Bruch des Vorfriedensvertrages und unter Erfindung der längst widerlegten Kolonialschuldfrage wurden unter dem Deckmantel des Begriffs der Kolonialmandate die deutschen überseeischen Besitzungen unter die ohnehin schon übersättigten Kolonialmächte aufgeteilt. Wie Japan und Italien, so braucht auch Deutschland, durch Versailles auf einen noch engeren mitteleuropäischen Raum zurückgeworfen als früher, eine Erweiterung seiner Siedlungs- und Rohstoffbasis.

Wenn die Frage der Revision der kolonialen Besitzverhältnisse in Afrika aufgebrocht wird, so kann es das deutsche Volk nicht dulden, daß man über seine Lebensnotwendigkeiten zur Tagesordnung hinwegschreit. Deutschlands Recht auf koloniale Gleichberechtigung ist ebenso fest begründet, wie der Anspruch auf militärpolitische Gleichberechtigung, der durch die große Tat des Führers vom 16. März in die Wirklichkeit umgesetzt wurde.«

Das Reichspropagandaministerium hat am 30. August die Presse angewiesen, in großer Aufmerksamkeit auf die Kolonialfrage einzugehen. Befehlsgemäß veröffentlichte die Presse einen Auszug aus einem Artikel des Londoner »Sunday Dispatch« über die deutschen Kolonialforderungen, in dem die Vermutung ausgesprochen wurde, daß Deutschland im September offen mit seinen Kolonialforderungen hervortreten werde.

Inzwischen hat Hitler in Kiel Kriegsrat mit den Militärs gehalten. Eine neue außenpolitische Offensive ist zu erwarten. Es wird vermutet, daß die Kolonialforderung mit der auf die englische Mentalität berechneten Lockung verbunden werden soll, daß Deutschland in den Völkerbund zurückkehren könnte, wenn es Entgegenkommen für seine Forderungen findet. Dazu verhandelt Deutschland in Londoner Bankkreisen über eine Konsolidierungsanleihe — und nach der Meinung des »Daily Telegraph« soll Schacht dabei auf Entgegenkommen stoßen!

Damit ist eine mögliche Entwicklung angedeutet, die für den Frieden in Europa noch ungleich gefährlicher werden müßte als die italienische Kriegsprovokation. Die englische Politik hat Mussolini groß gemacht. Hitler hat ihr viel zu verdanken. Wenn sie mit dem Gedanken spielt, Mussolini und Hitler auszuwechseln, so wird sie den Teufel mit Beelzebub austreiben. Denn das Hitlersystem ist die echte, unmittelbare Kriegsgefahr in Zentraleuropa, und diese Drohung ist um so furchtbarer, weil der Hitlerfaschismus den italienischen an Kraft und Wildheit bei weitem übertrifft.

Deutschland schimpft

Die Kritik am Dritten Reich wächst

Man berichtet uns aus Deutschland:

Die Kritik an den Zuständen äußert sich offen. Es wird geschimpft in Gasthäusern, in Kaufläden, in Eisenbahnen, am Arbeitsamt. Es schimpft der SA-Mann, der Arbeiter, der Kaufmann, der Nationalsozialist mit und ohne Abzeichen, die Hausfrau am Markt, der Bauer auf dem Dorf, kurz, das ganze Volk. Man muß sich nur wundern, woher das Regime die Kühnheit nimmt, von einem Volke zu sprechen, das geeint hinter ihm steht.

Dabei fällt auf, daß Hitler nicht mehr wie vor einem halben Jahre noch von der Kritik ausgenommen ist. Die sich über ihn äuernden Stimmen drücken sich jedoch sehr vorsichtig aus. Es wird gern die Formulierung gebraucht: »Nun ja, es zeigt sich halt, daß der Hitler es auch nicht anders machen kann.«

Diese Welle der Kritikasterei nährt das Prophetentum. So werden die optimistischsten Hoffnungen über den baldigen Sturz des Regimes verkündet: »In 3 Monaten ist Hitler und seine Regierung am Ende, dann kommt eine Militärdiktatur. Das kann sich nicht mehr lange so halten. So kann es nicht mehr weiter gehen.« So und ähnlich denkt heute die große Mehrheit der Bevölkerung. Wenn der Versuch gemacht wird, solchen Vorstellungen gegenüber zu illusionärer Betrachtung der Dinge zu mahnen, wird auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auf den ungeheuren Aufwand der Parteiliste, die fantastischen Ausgaben für die Rüstungen, die Verminderung der Verdienstspanne im Kleingewerbe, die Verteuerung der Lebensmittel, die ständig fortschreitende Senkung der Reallohne u. ä. verwiesen.

Allgemein ist die Auffassung, daß die Herren Deutschlands diese Stimmung im Volke nicht mehr durch große Propagandaaktionen zu bekämpfen suchen, sondern, daß sie jetzt daran gehen werden, durch ihre Brutalität zu imponieren.

Die alten Schlagworte gegen die Nörgler

Für Italien haben die Staatsmänner die Entdeckung gemacht. Mussolini, gestern noch der unworbene Friedensstifter, zu dem die Minister Englands, ob sie den Konservativen, den Liberalen oder der Arbeiterpartei angehörten, wallfahrten, dem von der »Times« angefangen die englische Presse Ruhmeskränze wandte, er ist heute für England der zynische Friedensbrecher und Angreifer, der Verderber seines Landes und Europas. Aber wie lange ist es her, daß die englischen

und Kritiker verfangen längst nicht mehr. Man lächelt über die verzweifeltsten Anstrengungen des Herrn Göbbels und man glaubt ihm nicht mehr. Seine letzte Rede hat nach den Beobachtungen eines Genossen auf den Durchschnittsbürger einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Die Menschen spüren, daß er nichts mehr zu sagen hat. »Freund, Du bist im Unrecht, denn Du wirst grob!«

Eine Beobachtung ist allgemein zu machen. Die geschulten Arbeiter schimpfen am wenigsten. Sie machen sich über die Bedeutung der Kritikasterei keine falschen Vorstellungen; doch aber werden auch sie in ihren Hoffnungen auf eine Wendung in naher Zukunft gestärkt. Sie glauben, daß Hitler mit dem Klerus fertig wird, d. h. sich mit ihm verständigt, aber sie sehen richtig, daß die innerdeutsche Unruhe nur die Wirkung auf die tiefer liegenden Krisen ist, die die Grundfesten des Faschismus befallen haben.

Die Leibstandarte

Aus Berlin wird uns über die »Leibstandarte« (die Sicherheitswache für Hitler), das Folgende berichtet:

Kaserniert ist die Leibstandarte in Lichterfelde. Sie ist 600 Mann stark. Ausgerüstet sind alle Mitglieder der Standarte mit den besten Waffen aller Sorten. Pistolen sind von ausgesuchtester Qualität, leichte und schwere MG., Gaswerfer, Flammenwerfer, Sprengmaterial, modernste Kleinlöcher für Brandfälle usw. dienen zur Bewaffnung und sind als Material für die Leibwache des blutigen Adolf zur Stelle. Der Leibstandarte stehen besondere Flugzeuge zur Verfügung, ebenso besonders dazu gebaute Begleitautos, die 20 Personen fassen.

Die Leute der Leibstandarte haben sämtlich die Befugnisse der Gestapobeamten. Sie

Staatsmänner und die englische Presse die Friedensreden Hitlers priesen, den Zweifel daran entrüstet ablehnten, daß die englischen Minister zum Führer leisteten und das Flottenabkommen schlossen?

Sie haben Mussolini entdeckt; führt sie diese Entdeckung auch zur Entdeckung Hitlers, so kann der europäische Friede vielleicht doch noch gerettet werden.

Jedenfalls: Lernt, Ihr seid gewarnt!
Dr. Richard Kern.

können Verhaftungen, Durchsuchungen usw. selbständig vornehmen. Es stehen ihnen sämtliche Verkehrsmittel gratis zur Verfügung. Verläßt ein Mann der Standarte die Kaserne, hat er genau anzugeben, wohin er sich begibt und wie lange er sich an den einzelnen Stellen aufhält. Bekommt er Urlaub außerhalb Berlins, hat er sich im Ort seines Ziels sofort beim höchsten örtlichen Polizeibeamten zu melden und seine genaue Adresse zu hinterlassen. Wird er eilig zurückgerufen und die Entfernung verhältnismäßig groß, muß ihm ein Flugzeug gestellt werden.

In der Reichskanzlei ist eine ständige Wache von 80 Mann der Leibstandarte. Gebäude und Garten werden auf das schärfste bewacht. Für die Reichskanzlei ist auch eine unterirdische Bewachung eingerichtet. Ist Hitler auf Fahrt im Auto, dann begleiten ihn vier Wagen mit je 20 Mann. Außerdem folgt in einiger Entfernung noch ein großer Polizeiwagen mit allen möglichen Rettungs- und medizinischen Geräten. Fliegt Hitler, dann begleiten ihn 3 bis 4 große Flugzeuge mit derselben Mannschaft.

Brauner Menschenräuber verhaftet

Die Prager Polizei hat einen Lockspitzel der Gestapo verhaftet. Er nennt sich Gerhard Berthold, ist 23 Jahre alt, und ist mit seiner Frau als Provokateur nach der Tschechoslowakei geschickt worden. Dieser Bursche hat drei Kommunisten aus Teplitz über die Grenze gelockt. Seine Opfer sind auf deutschem Gebiet unter Führung des berüchtigten Kriminalkommissars Weser aus Dresden — bekannt als viehischer Sadist — niedergemacht worden. Mit dem Ehepaar Berthold ist ein anderes Ehepaar Lieberwirth unter dem gleichen Verdacht verhaftet worden.

Der organisierte Menschenraub wird von der Gestapo weiter betrieben. In diesem Falle sind amtliche deutsche Behörden entlarvt. Sie haben den Menschenraub und den darauffolgenden Mord organisiert. Der Gestapo-Spitzel Berthold hat ein volles Geständnis abgelegt.

Die Gestapo ist eine Pest. Sie hat ihre Agenten zu verbrecherischen Zwecken in allen Ländern. Sie schreckt vor den schwersten Verbrechen nicht zurück. Sie ist eine dauernde Warnung vor der Illusion, daß das deutsche System auch nur entfernte Ähnlichkeit mit einer ordnungsgemäßen zivilisierten Regierung habe.

Kampf oder Kompromiß?

Die Fuldaer Bischofskonferenz hat einen Hirtenbrief beschlossen, der am 1. September in allen katholischen Kirchen gelesen wurde. Der Hirtenbrief wahrt mit großer Bestimmtheit den Standpunkt der katholischen Kirche, er wehrt nationalsozialistische Angriffe ab, aber er geht nicht zum Gegenangriff über.

Die Spannung zwischen dem Totalitätsanspruch der katholischen Kirche und dem Totalitätsanspruch des Nazi-Systems wird in den folgenden Worten voll aufrecht erhalten:

»Der christliche Glaube verkündet ein objektives göttliches Sittengesetz, das in den zehn Geboten seinen kürzesten Ausdruck gefunden hat. Wenn aber die Gesetze des Staates mit dem Naturrecht und dem Gebote Gottes in Widerspruch stehen, gilt das Wort: »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.« Wir verurteilen alle Vergehen gegen bestehende Staatsgesetze, aber auch jenen pharisäischen Hochmut, der bei Gesinnungsgenossen alles verzehlt und mit dem Mantel des Schweigens bedeckt, während die Vergehen einzelner Katholiken der Gesamtheit der deutschen Katholiken angekreidet werden.«

Das könnte eine revolutionäre Deklaration sein, wenn dahinter ein ausgesprochen Kampfwille stünde. Dieser Hirtenbrief atmet jedoch den Geist des vorsichtigen Abwartens, er will keine Kompromißmöglichkeit verschütten.

Während der Konferenz hat in Erfurt eine Besprechung zwischen Kerri und dem Kardinal-Erzbischof Bertram von Breslau stattgefunden, in der Kerri beschwichtigende Erklärungen abgegeben hat. Die Praxis der Agitation und der antikatholischen Justiz geht zwar unvermindert weiter — aber die Bischöfe waren schon mit einigen Worten Kerri zufrieden.

Der Konflikt bleibt in der Schwebe, die Kompromißsuche ebenfalls, aber die antikatholische Aktion geht weiter.

Kinder werden vergiftet

Die Stadtväter haben andere Sorgen. Der deutsche Ort Eibing machte vor einigen Tagen von sich reden, weil dort den Apothekern verboten wurde, an Juden irgendwelche Heilmittel abzugeben. Juden am Gesundwerden zu verhindern, scheint demnach die dringende Sorge der Eibinger Stadtväter zu sein. Weniger hat es sie bisher beunruhigt, daß die arischen Kinder der Stadt jahrelang unter das Kommando eines krankhaft veranlagten Jugendführers gezwungen und von ihm systematisch vergiftet wurden. Erst jetzt stellte die Erste Strafkammer des Eibinger Landgerichts fest, in welcher Weise der dreißigjährige Heinrich Eichen seines Amtes gewaltet hat. Zahlreiche Burschen wurden durch ihn zur Homosexualität verführt, und das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. In der Presse wird vorsichtig hinzugefügt, es sei erschwerend ins Gewicht gefallen, daß »er die Verfehlungen als Führer eines Jugendbundes begangen hatte.« — Ein Jugendbundes? Das heißt: der Hitlerjugend. Oder wollen uns die amtlich kontrollierten Gerichtsberichterstatter glauben machen, der Name wäre verschwiegen worden, wenn es sich um einen der — einzig noch in Frage kommenden — konfessionellen Bünde gehandelt hätte?

Ein nationalsozialistischer Jugendverführer wurde — nach Jahren — ertappt, viele hundert Gleichgeartete sind noch in Amt und Würden, die Klagen der Eltern mehren sich.

Kriegshunger

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Backe, hat mit den Oberpräsidenten eine Konferenz über die Lebensmittelteuerung in Deutschland abgehalten. Tendenz der Konferenz: wenn die Lebensmittelversorgung knapp wird, muß die Bevölkerung beruhigt werden.

Wir kennen diese Konferenzen aus der Kriegszeit. Je größer die Knappheit, umso häufiger die Konferenzen. Es muß schöngefärbt werden um jeden Preis — aber davon bekommt das Volk nicht mehr zu essen!

Die Ausführungen des Backe lassen genug erkennen! Das Brot soll nicht teurer werden, ebenso Kartoffeln — aber sie sind teuer genug. Stabile Preise heißt hier Stabilität der Teuerung. Schweinefleisch »vorübergehend etwas knapp«. Die Bevölkerung wird auf Rindfleisch verwiesen — das sie nicht bezahlen kann. Butterbedarf »kann gedeckt werden«. — weil die Bevölkerung Butter nicht bezahlen kann. Schmalz aber ist in Preis und Beschaffung »abhängig von der Devisenlage«, und die Margarine »beson-

Ich hatt' einen Kameraden...

Der Bergrat a. D. Drießen in Recklinghausen kannte den jetzigen Ministerpräsidenten und General Göring schon, als dieser noch Fliegerleutnant war. Die beiden waren Kameraden. Drießen war in der nachbarlichen Fliegerstaffel. Er und Göring kamen dienstlich und außerdienstlich viel zusammen, und so kennt denn Drießen seinen Göring besser, als das die meisten deutschen Zeitgenossen behaupten können, die den großen Mann nur in illustrierten Zeitschriften, Wochenschauen und Paraden vorgesetzt bekommen. Der Bergrat a. D. Drießen begriff nicht, daß er ein ganz gewöhnlicher Sterblicher geblieben und der andere Fliegerleutnant von einst inzwischen unter die Götter erhoben worden ist. In den Olymp des Dritten Reichs, wo alles Menschliche dahinschwindet und nur das Unmenschliche bleibt. So erzählte denn der pensionierte Bergrat am abendlichen Stammtisch teils mit, teils ohne Stolz, was er mit dem Fliegerleutnant Göring einst erlebt hat, und wie er infolge dessen den Mann mit den hundert Uniformen etwas weniger heroisch sieht als dieser sich selbst. Von solchen Lästerungen bekam der Reichsjägermeister Wind und beschloß, den alzu kameradschaftlichen Kameraden von ehemals zur Strecke zu bringen. Das geschah ganz so, wie es des Dritten Reichs und seines Görings würdig ist. Ein Kriminalbeamter mußte sich durch wiederholte Besuche in dem Stammlokal des Bergrats dessen Vertrauen erwerben. Als er ihn eines Abends zum Plaudern gebracht hatte, waren »zufällige« noch einige andere Kriminalbeamte inkognito in der Nähe, die so als Zeugen dienen konnten. Der Bergrat wurde von seinen neuen Bekannten stark unter Alkohol gesetzt und gab nun das ganze Repertoire seiner Erzählungen zum besten. Der Kriminalbeamte ließ ihn vor den gespitzten Ohren seiner Kollegen erst alles auspacken. »Im entscheidenden Augenblicke jedoch, wie er stolz vor Gericht bekundete, gab er sich zu erkennen und nahm den einstigen Kameraden seines obersten Chefs in Haft. Drießen wurde ins Konzentrationslager geschickt und erhielt jetzt 5 Monate Gefängnis. Er behauptete, so betrunken gewesen zu sein, daß er sich der Einzelheiten jenes Abends nicht mehr erinnere. Daß der Bergrat stark im Tran war, konnte auch von den Häschern Görings nicht bestritten werden.

Das verhältnismäßig geringe Strafmaß und die sehr gedämpfte Entrüstung der »Westfälischen Landeszeitung«, eines Naziorgans, lassen vermuten, daß Drießen sich in seinen Erzählungen über Göring ziemlich an die Wahrheit gehalten hat. Er befand sich in dem Irrtum, daß man Diktatoren, zumal wenn man einmal kameradschaftlich mit ihnen verbunden war, so schildern dürfe, wie sie sind. In Zukunft wird er mit Goethe wis-

sen: »Denn mit Göttern soll sich nicht messen irgend ein Mensch.«

sen: »Denn mit Göttern soll sich nicht messen irgend ein Mensch.«

sen: »Denn mit Göttern soll sich nicht messen irgend ein Mensch.«

Vor dem Nürnberger Parteitag

Die Gefühle, mit denen die Bevölkerung Nürnbergs den am 10. September beginnenden 7. Reichsparteitag der Nationalsozialisten erwartet, sind zu mindesten stark gemischt. Die kleinen Geschäftsleute erhoffen sich für ein paar Tage eine Vermehrung ihres Umsatzes, die sie um so besser gebrauchen können, als es ihnen in Nürnberg ebenso miserabel geht wie in allen anderen deutschen Städten. Auf der anderen Seite wächst die Empörung über die Verschwendungssucht, die sich bei den Vorbereitungen zum Parteitag allenthalben breit macht, mit jedem Tag. Obwohl Nürnberg ein Stadion besitzt, das auch den höchsten Anforderungen entspricht, soll jetzt auf Befehl des Führers

sen: »Denn mit Göttern soll sich nicht messen irgend ein Mensch.«

Kulissenwechsel im Blubothheater

Im Saargebiet geht es hoch her. Es ist, als liege die Abstimung nicht acht Monate, sondern acht Jahre zurück. So ist die Stimmung umgeschlagen. Hitler hat gut daran getan, den Volksejubel schon am 1. März entgegenzunehmen, als er überraschend in der Stadt des Taumels der Souveränitätsübergabe an das Reich eintraf. Er versprach, später noch einmal offiziell wiederzukommen, aber es scheint, daß ihm der Reichs- und Staatskommissar dringend davon abgeraten hat, denn inzwischen ist ein Absturz der Einkommen und ein Aufwärts der Preise eingetreten, das auch den Dümmlsten die Erkenntnis eingebläut hat, was sie vom Dritten Reich zu erwarten haben. Man überlege sich, was das bedeutet: Die Saarländer mußten sozusagen an einem Tage nachholen, wozu man im Reich 2 1/2 Jahre gebraucht hatte: den Uebergang von noch einigermaßen erträglichen Zuständen zu Warenmangel und Teuerungspreisen.

Der Reichs- und Staatskommissar Bürckel, der die Tage zählt, die er dieses Amt noch inne haben muß, bekommt unter den Sorgen mit der enttäuschten und schimpfenden Saarbevölkerung geradezu marxistische Anwendungen. Er zweifelt sogar an der Volksgemeinschaft, die er noch vor wenigen Wochen so hoch besungen hat, gibt zu, daß die Löhne in vielen Fällen nicht so sind, wie der Arbeiter sie zum anständigen Leben brauchte und ringt sich zu dem Bekenntnis durch: »Eine Volksgemeinschaft, die nicht eine selbstverständliche Not- und Brotgemeinschaft ist, stellt nichts anderes dar als eine Lüge«. Und solche Töne gab er auf dem Saarbefreiungs-Gaufest von sich. Da scheint nun wirklich die festliche Stimmung recht mau gewesen zu sein. Geradezu klassenkämpferisch wurde der Reichs- und Staatskommissar, »weil hohe Gehälter und Dividenden auf der einen und schlechte Löhne auf der anderen Seite zu keiner wahren Liebe in der Volksgemeinschaft führen«. In der Tat: das ist die rechte Liebe nicht. Wir haben das schon vor Herrn Bürckel gewußt und gesagt.

Wer aber glaubt, es werde nun losgehen gegen die Bank- und Börsenfürsten, gegen die Schwerindustriellen und Bergherren, gegen den Großhandel und gegen das Spekulantentum, gegen die ganze ebenso profitwütige wie desorganisierte kapitalistische Wirtschaft, der weiß nicht, wie geduckt so ein Reichskommissar vor den Großen stehen muß. Es geht immer nur gegen die Kleinen. »Der Geldhunger einzelner, die den ganzen Bauernstand schändeten« ist es, der die Teuerung verursacht, und dieser

eine neue Kampfbahn angelegt werden, deren Zuschauerraum 150.000 bis 200.000 Personen Platz bieten soll. Die Ausführung dieses Planes wird Unsummen verschlingen, ohne daß damit einem anderen Bedürfnis als der krankhaften Großmannsucht eines Einzelnen gedient wird.

Wo man es noch nicht wagt, der Erbitterung lauten Ausdruck zu geben, ist das Verhältnis des Großteils der Bevölkerung zu den festlichen Vorbereitungen, das einer scheuen Zurückhaltung. Privatquartiere für Parteitagbesucher werden nur in geringem Maße angeboten. Die schon an sich nicht geringe Abneigung der meisten Wohnungsinhaber gegen solche Einquartierungen wird nur noch vermehrt durch eine Polizeiordnung, die bestimmt, daß jeder Wohnungsinhaber, der während des Parteitages einen Fremden beherbergt, dies binnen 6 Stunden der Polizei zu melden hat. Wer diese kurze Meldedfrist überschreitet, hat eine Strafe von mindestens 150 Mark oder Haft zu gewärtigen. Man schreibt dieser Polizeiordnung einer hochgradigen Attentatsfurcht zu, die an den Spitzen der Partei stärker denn je grassiert.

Auch sonst hagelt es, wie bei solchen Anlässen stets, Polizeiverordnungen, die teils Unwillen, teils Heiterkeit erregen. Zu den letzteren gehört u. a. das Verbot, während des Parteitages Wurst und Fleischwaren mit Knoblauch zu versetzen. Knoblauch gilt den Nationalsozialisten als etwas Jüdisches, womit nordisch-erische Gaumen und Mägen nicht beleidigt werden dürfen. Man merkt an solchen Anordnungen, daß Nürnberg noch immer die Stadt des Julius Streicher ist.

»Wahnsinn werde zum Verbrechen«, wenn ihm nicht bald Einhalt geboten werde. Bürckel droht sogar den Bauern, ihren Boden zu nehmen, der allen deutschen Volksgenossen verpflichtet sei und nicht nur den bäuerlichen.

Hoffen wir, daß das alle deutschen Bauern hören. Erst bringt man von oben her durch die Hasardpolitik von Bankrotteuren Kredit, Währung, Finanzen und Wirtschaft in Durcheinander und setzt so die Teuerungswelle in Bewegung. Dann macht man die Kleinbauern, denen man jahrelang Bluboththeater vorgemacht hat, für die Verbrechen der Hitlerregierung verantwortlich. Ob die Bauern noch einmal dem Argentinier Darré einen Denkstein setzen und ihn zur Einweihung seines eigenen Denkmals einladen würden? Es sieht nicht so aus.

»Gott sei Dank, wieder ein Jud' verreckt!«

Der Führer und Reichskanzler rüstet sich, zum Reichsparteitag in den Gau und die Stadt seines Duzfreundes Julius Streicher zu fahren. Die beiden sind im Ungeiste des Radau- und Pogromantisemitismus für immer verbunden. Es gibt keine Greuel gegen die Juden, die sie nicht wünschten und billigten. So ist es denn kein Wunder, daß Hitler zu allem schweigt, was in diesen Wochen gegen Juden vom Greis bis zum Säugling geschieht. Selbst gegen die Austreibung jüdischer Kinder, wie sie in Diez an der Lahn erfolgt ist, tut Hitler nichts. Er weiß es und duldet es. In Nürnberg, seiner Parteitagstadt, ist der Polizeibeamtenschaft durch streng vertrauliche Befehle verboten worden, Partei zu nehmen, wenn es auf der Straße zu Konflikten zwischen Juden und Deutschen kommt. Daß die Polizeibeamten sich jeglichen, auch des nachbarlichen Verkehrs mit Juden enthalten müssen, ja sie und ihre Familien nicht einmal den Gruß eines Juden erwidern dürfen, wird nicht weiter verwundern. Juden ist in der Parteitagstadt Adolf Hitlers verboten, auf Ruhebänken in öffentlichen Parks Platz zu nehmen, und jüdische Kinder werden von den Spielplätzen gewiesen. Mehr noch: auch gegen tote Juden wird von Hitlerjungen demonstriert, und wie! Vor dem jüdischen Krankenhaus in Fürth bei Nürnberg haben sich wiederholt bei jüdischen Begräbnissen Scharen von jungen Lämmeln in Hitleruniform eingefunden, sind neben den Leidtragenden hergegangen und haben im Sprechchor gegrölt: »Gott sei Dank, wieder ein Jud' verreckt!« Kein Polizeibeamter schreitet ein, aber zur Ehre der Bevölkerung sei gesagt, daß wiederholt Frauen in ihrer Empörung Eimer voll Wasser auf die Hitlerfrüchtchen hinuntergeschüttet haben.

Das ist die Jugend, die den »Stürmer« liest. Hitler und Streicher sollten sich ihrer nicht schämen. Hannes Wink.

Von der Einigkeit

Mit großer Verspätung erreicht uns folgender Bericht aus Schanghai:

Am 1. Mai lagen in Schanghai einige deutsche Schiffe, darunter auch der Dampfer »Schlesien« von der Hapag. Die Besatzungen wurden am 1. Mai morgens zum Generalkonsulat befohlen, um hier die Hitlerrede zu hören. Am Nachmittag waren alle Seeleute zur deutschen Hochschule befohlen. Hier ging man schon lieber hin, gab es doch gratis Kaffee und Kuchen, außerdem Bons für die man Bier und andere alkoholische Getränke erhalten konnte. Der NS-Frauenbund stiftete diese Genußmittel. Von den Bons machten die Seeleute fleißig Gebrauch und so kam es, daß mit den Mengen des genossenen Alkohols auch der Mut stieg. Jetzt hielt der Generalkonsul, Oberleutnant Kriebel, eine Rede, welche ein einziges Loblied auf das Dritte Reich war. Das war in der Stimmung, in der sich die Seeleute befanden, doch zu dumm und es hagelte Zwischenrufe von der Besatzung des Dampfers »Schlesien«. Rufe wie: »Lüge!«, »Schwindel!«, »Zuchthausstaat!«, daneben Pfeifen und Johlen. Der Stützpunktleiter der »Schlesien« kommandierte darauf: »SA! Antreten!« Die SA der übrigen Schiffe und der von den Deutschen in Schanghai gebildeten SA trat an. Es wurde nun die Besatzung der »Schlesien« umstellt und zwangsweise per Autos an Bord gebracht. Wie mitgeteilt wird, läuft Strafantrag. Die deutsche Zeitung in Schanghai brachte von diesem Zwischenfall nichts, sondern schrieb einen Artikel von der Einigkeit, die den Führer mit allen Deutschen verbindet.

Eine Niederlage der Rechtsbarbarei

Der Internationale Strafrechts- und Gefängnis-Kongreß

Seit mehr als 60 Jahren besteht die Internationale Strafrechts- und Gefängnis-Kommission. Auf Anregung amerikanischer Gefängnisbeamter gegründet, sollte sie dem Fortschritt und der Humanität im Strafvollzuge dienen. Ihr Aufgabenkreis mußte sich notwendigerweise erweitern und es mußte auch das Gebiet des Strafrechtes mit bearbeitet werden. Nur ein kleiner Kreis fachlich Interessierter kannte die Arbeit dieser Kommission, die einer Unzahl Menschen zugute gekommen ist. Der 11. Kongreß hat diese Kommission plötzlich in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gebracht. Soweit auf der Welt noch Zeitungen erscheinen, deren Text nicht in Amtsstuben fertiggestellt wird, soweit haben sie in den letzten Wochen über den 11. Kongreß berichtet und zu ihm kritisch Stellung genommen. Das ist jedoch nicht das Werk des deutschen Propagandaministers. Die gleichgeschaltete Presse hat natürlich über den Kongreß ebenfalls berichtet. Sie mußte sich jedoch damit begnügen, einige Reden nationalsozialistischer Führer zu bringen und durfte dem deutschen Publikum über die wirkliche Arbeit des Kongresses keine Auskunft geben.

Der Nachhall in der Presse ist vielmehr eine Folge der Tatsache, daß auf diesem Kongreß zum erstenmal sich die beiden Weltmeinungen schroff und unüberbrückbar gegenüberstanden: hier Faschismus und Machtfanatizismus, dort Demokratie und Menschlichkeit.

Die Klarstellung lag nicht im Sinne des Göbbels, der glaubte, diesen Kongreß allein zu einem nationalsozialistischen Propagandaunternehmen benutzen zu können. Deshalb hielt er sich für berechtigt, die Kongreßteilnehmer mit einem politischen Referat anzuböden, in dem kein Wort von irgend einem Tagungsgegenstand enthalten war und das auch sonst nicht gerade zu den geschicktesten Demagogien dieses Herrn zu rechnen ist. Deshalb wurde auch der Kongreß mit der seltsamen »Akademie für deutsches Recht« verknüpft. Es fanden so viele Veranstaltungen dieser Akademie statt, daß manche Kongreßteilnehmer nicht mehr wußten, ob sie zum Kongreß oder zur Festsitzung der Akademie nach Berlin gekommen waren. Göbbels und die nationalsozialistischen Juristen glaubten, daß das Ergebnis dieses Kongresses deshalb absolut feststehen müsse, weil sie mit 450 Meinungslosen, zur Abstimmung kommandierten Nazijuristen in allen Fragen die Mehrheit haben würden. Ein Teil der ausländischen Delegierten hatte jedoch diese Absicht durchschaut. Sie traten auf dem Kongreß mit einer derartigen Festigkeit und Bestimmtheit auf, daß die Deutschen merkten, daß sie hier zunächst nachgeben mußten. Die Differenzen entluden sich in der Sektion, die sich mit dem Strafvollzuge beschäftigte.

Es dürfte nur die Feststellung einer Tatsache sein, daß die Denkschrift des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, die allen Delegierten zugänglich war, ihre Wirkung nicht verfehlt hatte.

Für diesen Tagungspunkt besaßen die Delegierten ein objektives Material, das ihnen klarlegte, daß ein Zurückweichen für ihr Land untragbar wäre. Es ist bezeichnend, daß die Herren Frank und Preisler in ihren Referaten bescheiden davon sprachen, daß in Deutschland der Vergeltungsgedanke im Strafvollzuge vorherrsche. Vor einem nationalen Forum haben sie das Wort Vergeltung schon lange nicht gebraucht. Das hätte nämlich so ausgesehen, als wären sie zu einem Standpunkt zurückgekehrt, der vor hundert Jahren herrschend war. Da der Nationalsozialismus in allen Fragen etwas »Neues« schaffen muß, haben sie das Wort »Sühne« eingesetzt und dieses Wort in einer schamlosen Form interpretiert. Vor dem internationalen Forum haben sie nicht gewagt, ihre »Sühne«-Phraseologie zu wiederholen. Es dürfte ein besonderes Verdienst der Denkschrift gewesen sein, daß sie der Weltöffentlichkeit die Ausführungen Preislers über den Sinn der »Sühne« mitgeteilt hat. Auch in einem weiteren Punkte ließ sich die Wirkung der Denkschrift feststellen.

Die Delegierten hatten den Mut, auch die Frage der Konzentrationslager anzuschneiden und sie als eine Form des Strafvollzuges hinzustellen, wie es in der Denkschrift geschehen war.

Hier wurden die braunen Juristen so nervös, daß sie ihre ganzen Instruktionen vergaßen und froh waren, daß die Arbeit dieser Sektion völlig im Sande verlief. Eine von ihnen vorbereitete Resolution wurde nicht angenommen, auch nicht abgelehnt. In völliger Verwirrung wurde die

Sitzung ergebnislos geschlossen. Lediglich der Vorsitzende, ein Amerikaner, stellte fest, daß diese Fragen auf dem nächsten Kongreß in Rom 1940 erneut behandelt werden sollten. Wichtig dürfte noch die Tatsache sein, daß die Deutschen in dieser Kommission nicht allein waren. Sie fanden Unterstützung bei den Italienern, Ungarn, Polen und Türken. Hier bildete sich eine faschistische Front. Nicht uninteressant ist, daß lediglich die Italiener den Deutschen in der Debatte sekundierten, während die Vertreter der anderen faschistischen Staaten lediglich bei der Abstimmung ihre Sympathie für den braunen Strafvollzug zum Ausdruck brachten.

Dieser Mißerfolg ist entscheidend. Denn gerade die Strafvollzugsfrage war stets die Zentralfrage aller Kongresse der Internationalen Kommission. Das Nichtzustandekommen einer klaren Entscheidung in Berlin ist der Beweis, daß dieser Kongreß ohne jede Nachwirkung auseinanderging.

Auch in anderen Sektionen konnten die Deutschen keine Erfolge erringen. Sie benutzten die Institution der Akademie für das deutsche Recht, um den Delegierten stundenlange Vorträge über das neue Strafrecht zu halten. Die Delegierten hörten sich diese Vorträge ruhig an, ohne daß irgend ein Gesichtspunkt in den Arbeiten des Kongresses ihren Niederschlag fand. Die Deutschen versuchten auch, ihre politische Prozeßführung durch dieses internationale Forum sanktionieren zu lassen. Sie taten das, indem sie die Frage anschnitten, ob es nicht ratsam sei, die sogenannten Monstre-Prozesse abzukürzen. Die Beratung dieser Frage war sehr kurz. Ein englischer Delegierter erklärte, daß in jedem Kulturstaat das Prozeßmaterial durchverhandelt werden müsse und wies auf den bevorstehenden Prozeß gegen Thälmann hin, in dem wohl die Absicht bestünde, durch Verhandlung eines kleinen Ausschnittes das Recht zu beugen. Auch hier

verloren die Nazis den Kopf. Sie gaben sich weiter keine Mühe, einen Beschluß herbeizuführen. Auch diese Frage fiel ins Wasser.

Die vielen Mißerfolge spornten zum Schluß die braunen Juristen an, wenigstens in der Frage der Sterilisation einen Sieg zu erfechten. Dieser Kongreß mußte doch etwas bringen, was dem Volke als nationalsozialistischer Sieg mitgeteilt werden konnte. Es gibt außer Deutschland kein Land, in welchem Zwangssterilisationen zulässig sind. Auch die Zahl der Länder, in denen eine Sterilisation mit Zustimmung des Betroffenen möglich ist, ist gering. Den meisten Delegierten war diese Frage ziemlich unbekannt. Sie wußten wohl, daß religiöse Bedenken gegen die Sterilisation geltend gemacht werden. Es muß aber angenommen werden, daß vielen Delegierten nicht bekannt war, daß die Mehrzahl der Fachärzte der Meinung sind, daß die Vererbungslern keineswegs zuträfe und daß deshalb der behauptete Zweck der Sterilisation mit den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft nicht übereinstimme. Würde man das nicht annehmen, so würde die Tatsache unerklärlich sein, daß Delegierte von Ländern, die die Sterilisation nicht kennen, sich überhaupt für die Zulässigkeit der zwangswise Sterilisation ausgesprochen haben, ohne daß sie vorher Gutachten von Medizinern angefordert haben. Gegenwärtig tagt ein neuer internationaler Kongreß in Berlin, der sich mit der Bevölkerungswissenschaft beschäftigt. Auf diesem Kongreß haben internationale medizinische Größen die Meinung vertreten, daß die Vererblichkeit von Geisteskrankheiten und geistigen Schwächen völlig ungeklärt sei. Damit fallen die Voraussetzungen des Sterilisationsproblems völlig in sich zusammen.

Der Gefängnis-Kongreß hat eine Resolution angenommen, in welcher die zwangswise Sterilisation und Kastration befürwortet wird.

Die deutsche Presse hat diesen Beschluß als einen Sieg nationalsozialistischer Anschauung verkündet. Viele gleichgeschaltete Blätter haben diesen Beschluß sogar zweimal gebracht, um ja diesen Erfolg zu unterstreichen. Dieser »Sieg« war jedoch nicht vollständig. Hatte man die ausländischen Delegierten teilweise in der Beziehung überrumpeln können, daß sie sich nicht Gewißheit verschafften, ob die ganze Vererbungslehre stimme oder nicht, so war diesen Delegierten doch bekannt, daß die Folgen der Kastration und Sterilisation in den meisten Fällen außerordentlich schwerwiegend waren. Schwerste Erkrankungen, eine Unzahl von Todesfällen und bedeutende Veränderung in der Persönlichkeit der Operierten haben bewiesen, daß in Deutschland mit einer grenzenlosen Leichtsinngigkeit von den Anbetern der Sterilisation herumgedoktert wird. Deshalb hielten es die ausländischen Delegierten für notwendig, eine Einschränkung dahin zu verlangen, daß nur nach gewissenhafter Prüfung durch die Aerzte im einzelnen Falle vorgegangen werden dürfe. Diesen Teil der Resolution haben die Deutschen in der Presse nur auszugsweise veröffentlicht. Selbstverständlich beeilte sich die gleichgeschaltete Presse, zu erklären, daß diese Voraussetzungen in Deutschland vollständig erfüllt seien. Sie verschwiegen, daß dieser Teil der Resolution eine Einschränkung bedeute und daß er letzten Endes als eine Ohrfeige für die nationalsozialistischen Kurpfuscher gedacht war.

Dieser Kongreß bedeutet einen Sieg der kulturellen Faktoren über die Barbarei. So erfreulich das ist, so bedauerlich bleibt es, daß eine derartig wichtige Tagung vorübergegangen ist, ohne daß sie weiterhin dem Fortschritt dienen konnte. Deutschland ist auch weiterhin das Land, das in der nächsten Zeit bedeutungsvolle internationale Tagungen beherbergen wird. Es liegen eine Reihe von Beschlüssen vor, die aus der Zeit stammen, in der sich die deutsche Republik allmählich das Vertrauen der Welt erobert hatte. Keiner dieser Kongresse wird, solange in Deutschland der Nationalsozialismus herrscht, zu einer sachlichen Arbeit kommen!

Statistische Kunststücke gegen den Hunger

Das erbärmliche Gewerbe der deutschen Statistik

Daß die Statistik die Tochter der Lüge ist, ist eine weitverbreitete Wahrheit. Müßte man aber nicht fordern, daß die Ziffern der Statistik, wenn schon nicht mit der Wirklichkeit, so doch wenigstens mit sich selbst übereinstimmen! In Hitlerdeutschland wird aber dieser minimalste Anspruch von der amtlichen Statistik nicht erfüllt. Es kommt nicht selten vor, daß eine statistische Zahl ihre Größe ändert, ohne über den Grund der Aenderung Rechenschaft abzulegen. Man könnte meinen, das käme daher, daß die Statistik des Dritten Reiches unter einem Uebermaß von Gewissenhaftigkeit leidet. Weil über die Methode der statistischen Erfassung keine Uebereinstimmung besteht, veröffentlicht man mehrere Zahlen zur beliebigen Auswahl. So ist es aber nicht. Der Unterschied in den Ziffern stammt nicht von der Vielheit der statistischen Sinne, sondern von der Vielheit der Zwecke, die das Dritte Reich seinen Statistikern vorschreibt. Es ist erst wenige Wochen her, seit in einem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung die Behauptung aufgestellt worden ist, in der Zeit vom Frühjahr 1934 bis zum Frühjahr 1935 sei das Arbeitseinkommen um 16,9 Prozent, die Zahl der Beschäftigten aber nur um 5 Prozent gestiegen. Damit wollte man beweisen, daß das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten nicht, wie man bis dahin angenommen hatte, sich verringert, sondern vergrößert habe. Einige Wochen später, am 14. August 1935, erscheint ein Wochenbericht desselben Instituts, der sich die »Konjunktur der Verbrauchswirtschaft« zum Gegenstand erwählt hat. Darin heißt es:

»Im ersten Halbjahr 1935 lagen die Einzelhandelsumsätze nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung um 3,3 v. H. über Vorjahreshöhe. Damit sind sie etwa ebenso stark gestiegen, wie das Einkommen aus Lohn und Gehalt, das um gut 4 v. H. höher als im Vorjahr war.

Was ist Wahrheit? 4 ist nicht gleich 16,9, weder im guten noch im schlechten, aber die amtliche Statistik des Hitlerreiches ist anpassungsfähig, nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnungstüchtigkeit. Jedes Kind weiß, daß die Arbeiter und Angestellten im allgemeinen ihr Einkommen nicht auf die hohe Kante legen können, sondern verbrauchen müssen. Die größere Bescheidenheit in der Schätzung des Arbeitseinkommens rührt also von dem Zwang her,

sie den Ziffern der Einzelhandelsumsätze anzupassen, damit jene nicht nur durch diese widerlegt werden. Weil der Zweck der statistischen Erhebung in beiden Fällen nicht der gleiche war, ist auch das Ergebnis ein anderes.

Ein statistischer Schwindel muß aber fortwährend einen zweiten gebären. Aus der Uebereinstimmung zwischen der Zunahme von Arbeitseinkommen und Einzelhandelsumsätzen ergibt sich nur, daß beim Einkauf mehr gezahlt, aber nicht, daß auch mehr verbraucht worden ist. Zwar wird zugegeben, daß für Textilien und Bekleidung die Mengenumsätze zurückgegangen sind, denn der Geldumsatz hat um nur 3, der Index der Bekleidungskosten aber zur gleichen Zeit um 7,4 Prozent zugenommen. Dieses Zugeständnis ist aber relativ ungefährlich, weil man den Minderverkauf von diesem Jahre mit der Hamsterei vom vorigen Jahre rechtfertigen kann. Das gilt aber nicht für den Verbrauch von Nahrungsmitteln. Um nachzuweisen, daß im Gegensatz zur Bekleidung der Verbrauch für Ernährung gewachsen ist, muß man beim Index der Lebenshaltungskosten ein wenig »corrigere la fortune«. Es heißt im Wochenbericht wörtlich:

»Die Umsätze des Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandels waren im ersten Halbjahr 1935 um knapp 6 v. H. höher als vor einem Jahre. Legt man den Index der Ernährungskosten, der gegenüber dem Vorjahre um 2,3 v. H. gestiegen ist, als Repräsentanten für die Preisbewegung zugrunde, so ergibt sich eine Zunahme der Umsatzmengen.«

Legt man ihn nicht zugrunde, sondern die wirklichen Lebensmittelpreise, so ergibt sich allerdings das Gegenteil. Man braucht aber garnicht die Hausfrauen zu fragen, was sie von diesem seltsamen Lebenshaltungsindex halten, man braucht nur die amtliche Statistik mit sich selbst zu konfrontieren. Der amtliche Preisindex betrug für Agrarstoffe im Juni 1934 93,7, im Juni 1935 101,5, der Preisindex für industrielle Fertigwaren im Juni 1934 114,9, im Juni 1935 119,2. Die Agrarstoffe waren also um fast 9 Prozent, Industriewaren um 4 Prozent verteuert! Da zur Erhaltung des Lebens nichts anderes als Agrarstoffe und industrielle Fertigprodukte gekauft zu werden brauchen, die der Ermittlung der Lebenshaltungskosten zugrunde gelegten Waren also aus nichts anderem bestehen können, enthüllt sich der Lebenshaltungsindex als ein Märchen, denn

die Teile können nicht größer sein als das Ganze.

Der Lebenshaltungsindex wird so wenig ernst genommen, daß Zweifel an seiner Zuverlässigkeit bereits in der Zeitung geäußert werden dürfen. Die »Frankfurter Zeitung« bemerkt einen Widerspruch zwischen den von der amtlichen Lebenshaltungsstatistik festgestellten und den wirklichen Fleischpreisen und bemerkt dazu:

»Wie weit dabei die tatsächlich zu zahlenden Preise von den in der Statistik erfaßten abweichen, ist natürlich nicht festzustellen.«

So mit der Hand zu greifen wie beim Lebenshaltungsindex ist der statistische Schwindel nicht immer. Um so nützlicher ist es, seinen Sinn zu entsleiern, der darin besteht, es, wenn schon nicht den Menschen, so doch wenigstens den Ziffern der Statistik immer besser und besser gehen zu lassen.

G. A. Frey.

Die koloniale Forderung

Da Hitler und sein Anhang einmal dabei sind, an die Weltforderungen zu stellen, kommt es anscheinend auf eine mehr gar nicht an. Mit der Formel der »Gleichberechtigung Deutschlands« läßt sich alles fordern!

Da hat soeben in Würzburg der Deutsche Forstverein seine Tagung abgehalten. Prof. Dr. Heske behandelte das Thema »Deutschland und die Weltforstwirtschaft«. Er sagte dabei nach einem Bericht in der Berliner Börsenzeitung u. a.:

»Deutschland sei sowohl ein gebendes wie ein forderndes Glied der Weltforstwirtschaft... Als forderndes Glied beanspruche Deutschland im Sinne der Gleichberechtigung, wie der Führer jederzeit betont habe, eine seiner Bevölkerungsziffer und industriellen Entwicklung entsprechende Beteiligung an den Waldflächen der Erde (Kolonialwald). Das deutsche Volk werde geschlossen auch in der Frage der Selbstversorgung mit Holz geschlossen hinter seinen Führer stehen und harter Not nach härteren Willen entgegensetzen. Ebenso fest werde es aber auf einer Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete der Holzversorgung bestehen.«

Der Professor hat sich damit zum Sprecher des zügellosen deutschen Imperialismus gemacht, der in naher Zukunft die Welt auch noch mit anderen Forderungen überraschen dürfte.

Der Kongreß der Komintern

Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der Ende Juli und Anfang August in Moskau tagte, bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Die Nazipresse stellt ihn aus durchsichtigen Gründen als ein weltrevolutionäres Komplott dar. In Wirklichkeit bedeutet er eine Abkehr von den bisherigen Illusionen und Spekulationen der Kommunisten. Es hat lange dauert, bis die Führer der Komintern zu einer richtigeren Beurteilung der weltpolitischen Lage und der Verhältnisse in der Arbeiterbewegung gelangten. Jetzt scheint unter dem Eindruck der katastrophalen Rückschläge der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung und der außenpolitischen Bedrohung der Sowjetunion durch den Hitlerfaschismus ein Prozeß der Selbstbesinnung und Selbstkritik in den Reihen der Komintern eingesetzt zu haben, der zu einer schroffen Schwankung in den taktischen Richtlinien der Moskauer Internationale geführt hat. Selbst aus den stark gekürzten offiziellen Berichten der kommunistischen Presse geht hervor, daß die in der Tagung des kommunistischen Exekutivkomitees im Dezember 1933, also vor einundneunzig Jahren, festgelegte Taktik der Komintern in Bausch und Bogen preisgegeben worden ist und daß der Kongreß der Kommunistischen Internationale seine offizielle Bereitschaft bekundet, die Demokratie zu verteidigen und mit den sozialistischen Parteien auf dem Boden der in den einzelnen Ländern gegebenen Verhältnisse zusammenzuarbeiten.

Schwankung und Selbstkritik

Diese radikale Schwankung wurde schon in der Eröffnungsrede Wilhelm Piecks, des Vertreters Deutschlands in der Exekutive, angekündigt. »Uns ist es nicht gleichgültig — erklärte er —, welches politische System in diesem oder jenem kapitalistischen Lande herrscht. Da der Parlamentarismus und die Reste der demokratischen Freiheiten trotz des schweren Jochs des kapitalistischen Systems einige dürftige Möglichkeiten für die offenen Kampforganisationen des Proletariats bieten, sind wir bereit, die Ueberreste des Parlamentarismus und der Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, um im weiteren Verlauf den Kampf um die proletarische Diktatur zu führen.« Noch schärfer unterstrich Dimitrow in seinem grundlegenden Kongreßreferat über den Kampf gegen den Faschismus die Notwendigkeit des Kampfes für die Demokratie. Es sei von entscheidender Bedeutung, frei von den Fehlern der Vergangenheit die demokratischen Rechte dort, wo sie noch bestehen, zu verteidigen, und sich zu diesem Zweck mit allen demokratischen Kräften, vor allem auch mit der Bauern- und Kleinbürgerbevölkerung, zusammenzuschließen. Mit großem Nachdruck unterstrich Thorez, Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, daß einer der wichtigsten Faktoren des Erfolges der antifaschistischen Volksfront in Frankreich »die konsequente Verteidigung der demokratischen Freiheiten gegen den Ansturm des Faschismus und die entschiedene Ausnutzung der revolutionären Traditionen des französischen Volkes« sei. Selbst die bisher verfeimte Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien wird jetzt akzeptiert. So erklärte Slansky (Tschechoslowakei): »Die Regierungsbildung der Sozialisten ist kein Hindernis für die Einheitsfront, wenn die Sozialdemokraten wirklich gegen den Faschismus, für demokratische Rechte und für die Abwälzung der Krisenlasten auf die Kapitalisten kämpfen.«

Auch die zukünftige Entwicklung wird jetzt von den Führern der Komintern unter diesem Gesichtspunkt betrachtet. Ausdrücklich erklärte Dimitrow:

»Es kann eine Lage eintreten, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront noch vor der revolutionären Machtergreifung durch das Proletariat nicht nur möglich, sondern notwendig wird. Im geeigneten Moment wird die kommunistische Partei, gestützt auf die ansteigende Einheitsfrontbewegung, die Initiative zur Bildung

einer solchen Regierung ergreifen. Wenn es gelingt, eine Verständigung über die Regierungsplattform gegen Faschismus und Reaktion zu erzielen, wird die kommunistische Partei eine solche Regierung aktiv unterstützen, unabhängig davon, ob sie selbst in die Regierung eintritt oder nicht.«

Ihm sekundierte Walter (Deutschland): »Das Ziel unseres Kampfes ist Sowjetdeutschland. Die nächste Aufgabe ist der Kampf für den Sturz des Hitlerfaschismus. Im Kampf um die Sowjetmacht kann unter den Bedingungen der politischen Krise, wenn das Kräftever-

Feststellung des Faschismus auch dort, wo er nicht existierte. Falsche Auffassungen vom Wesen des Faschismus verhinderten die rechtzeitige Herausgabe der Losungen zur Verteidigung der Reste der bürgerlichen Demokratie gegen den angreifenden Faschismus und die Ausnutzung der Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie.«

Ebenso suchte Dimitrow in seinem Schlußwort die verhängnisvolle Taktik der deutschen Kommunisten zu verteidigen:

»Der Fehler der Kommunisten, besonders in Deutschland, bestand darin,

Die Edelsten des Reichs



eröffnen den Nürnberger Parteitag

hältnis in den Massen die Rätewahl noch nicht möglich macht, die Schaffung einer Regierung der antifaschistischen Volksfront möglich sein, um dann unter besseren Bedingungen weiter zu kämpfen für die proletarische Diktatur.« Derselbe Redner erklärte, daß man heute eine große zusammenschweißende Parole aufstellen müsse, die die ganze Volksfront zusammenfaßt: »Diese Parole heißt heute in Deutschland »Freiheit«. Den Katholiken sagen wir: Wir sind bereit, unter Zurückstellung alles Trennenden in der Weltanschauung mit euch gemeinsam für die Glaubensfreiheit zu kämpfen. Denn wir haben alle den einen Feind: Hitler.«

Es ist natürlich nicht leicht, den Anhängern, denen man jahrelang entgegengesetzte Auffassungen eingehämmert hat, jetzt diese von beginnender politischer Einsicht zeugenden Parolen plausibel zu machen. Entschuldigend erklärte Pieck in seinem einleitenden Bericht über die Tätigkeit des Exekutivkomitees:

»Ein großer Fehler war die Unterschätzung der faschistischen Gefahr und andererseits die

daß sie, als der Faschismus sein Haupt erhob, die geänderten Verhältnisse nicht in Betracht zogen, sondern jene Losungen wiederholten, die vor einigen Jahren noch richtig waren, als sich die gesamte deutsche Konterrevolution um die Weimarer Republik gruppierte.«

Es entging offenbar Dimitrow, daß diese Entschuldigung der schärfsten Verurteilung gleichkommt. Denn sie bedeutet im Zusammenhang mit seiner ganzen Kritik des sektiererischen, weltfremden, passiven Verhaltens der meisten kommunistischen Parteien, insbesondere der deutschen, die Feststellung der Tatsache, daß die Kommunisten die geschichtliche Entwicklung verschlafen haben und in einer Zeit, wo der Nationalsozialismus zum tödlichen Schläger gegen die Arbeiterbewegung ausholte, ihre Gebetmühlen herunterleierten und ihren Hauptfeind nicht in Hitler sahen, sondern in der Sozialdemokratie.

Bilanz der Kritik

Es ließen sich selbst aus den gekürzten Kongreßberichten noch unzählige

Außerungen anführen, in denen die bisherige Taktik der kommunistischen Parteien in den verschiedensten Ländern in Grund und Boden verdammt wird. Es ließe sich darauf hinweisen, daß prominente Wortführer der Komintern, wie Dimitrow, Bela Kun, Pieck und andere, das kommunistische Sektierertum verurteilten, vor einer schematischen Uebertragung des russischen Beispiels auf andere Länder warnten, die sterile, zerstörerische Politik der Roten Gewerkschaftsinternationale anprangerten, die Idealisierung der Unorganisierten als einen Unfug bezeichneten, eine größere Selbständigkeit der einzelnen Landesparteien forderten und die Voraussetzung des Erfolges darin sahen, daß die Kommunisten, Schulter an Schulter mit den sozialdemokratischen Arbeitern, an die Verhältnisse des eigenen Landes anknüpften und aktiv in die Tagespresse eingriffen. Viele von diesen kritischen Einwendungen haben einen entsprechenden Niederschlag gefunden in der einstimmig angenommenen Resolution zum Rechenschaftsbericht des Exekutivkomitees, in dem vor allem die Notwendigkeit des Kampfes zur Verteidigung der Reste der bürgerlichen Demokratie, der Ueberwindung des Sektierertums und der Schaffung einer Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern unterstrichen wird. Gleichzeitig ist auch die Preisgabe der Roten Gewerkschaftsinternationale (vor der selbst ihr Gründer Losowski abrückte) und die Herstellung der Gewerkschaftseinheit in allen Ländern angekündigt worden, weil selbst die fanatischsten Kommunisten zu der Einsicht gelangt sind, daß diese verunglückte Gründung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Im allgemeinen kann als Bilanz der Selbstkritik auf dem Kongreß der Komintern festgestellt werden, daß jene »21 Punkte«, mit deren Hilfe in den Jahren 1920/21 die westeuropäische Arbeiterbewegung in Stücke geschlagen wurde, jetzt von den Kommunisten preisgegeben werden mußten. Die Kritik, die auf dem Kongreß gegen die Fehler und Irrtümer der kommunistischen Bewegung ausgesprochen wurde, deckt sich mit der, die von sozialdemokratischer Seite von Anfang an gegen das Verbrechen der von Moskau her organisierten Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung ins Feld geführt wurde. Jetzt sehen sich die Kommunisten gezwungen, die grundlegenden Prinzipien der westeuropäischen Arbeiterbewegung, die von der Sozialdemokratie verteidigt wurden, anzuerkennen. Jetzt werden, wenn auch widerwillig, die sektiererischen Fehler, der Schematismus, die Lebensfremdheit, die Unfähigkeit der kommunistischen Parteien eingestanden. Aber inzwischen haben fünfzehn Jahre kommunistischer Zerstörungsarbeit das ihrige dazu beigetragen, die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung zu zertrümmern, ihre Macht auszuhöhlen, die Demokratie zu unterminieren, die sozialistischen Ideen zu diskreditieren und dem Faschismus aller Abarten den Weg zur Herrschaft zu ebnen.

Neue Legenden

Diese Schlußfolgerung ergibt sich in zwingender Weise aus allen Reden und Beschlüssen des Komintern-Kongresses, sie wird aber nicht offen zugegeben, sondern durch neue Legenden ersetzt, die der Komintern eine weitere Existenzberechtigung verleihen sollen. Im Widerspruch zu allen selbst von den kommunistischen Rednern festgestellten Tatsachen, wird die Legende von der himmlischen Reinheit der kommunistischen Parteien aufrechterhalten, um den in der Resolution des Kongresses erhobenen Anspruch auf die führende Rolle der Komintern in der internationalen Arbeiterbewegung zu rechtfertigen. Im Widerspruch zu seinen eigenen Feststellungen erklärte Pieck in seinem Referat:

»Die Theorien der Zweiten Internationale sind bankrott, die Theorien der Kommunistischen Internationale sind vom Leben bestätigt worden.«

Immer wieder kommt in den Reden von Pieck, Dimitrow und anderen der Gedanke zum Ausdruck, daß die

Sozialdemokraten die »Verstärker«, die »einzig Schuldigen« seien, und daß die Kommunisten stets und überall recht behalten hätten. Auch die Ausblicke in die Zukunft werden unter diesem Gesichtspunkt behandelt. Mit einer Selbstüberhebung, die im umgekehrten Verhältnis zu den Leistungen der kommunistischen Parteien steht, werden die Kommunisten als die Verkörperung der Weisheit, der Tapferkeit, der »echten« revolutionären marxistischen Gesinnung betrachtet, die den rückständigen »reformistischen« Sozialdemokraten die Erleuchtung bringen müßten. Unter diesem Gesichtspunkt wird auch die als neuestes Allheilmittel gepriesene und bereits vielfach zur inhaltslosen Schablone gewordene Parole der Einheitsfront von den Kommunisten ausgegeben. Es ist, in der Vorstellung der Kommunisten, die Einheitsfront zwischen Kutscher und Pferd, wobei der eine Teil den Wagen der Verantwortung zieht und der andere mit der Peitsche der Agitation dazu knallt. So geht's natürlich nicht! Wenn die Selbstkritik des Komintern-Kongresses mehr sein soll als eine bloße Episode, geboren aus der schwierigen internationalen Lage der Sowjetregierung und dementsprechend beherrscht von den schwankenden Interessen der russischen Staatspolitik, so müssen die Kommunisten aus ihrer Selbstkritik auch die entsprechenden Konsequenzen gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung ziehen und zur Erkenntnis gelangen, daß im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und für die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung grundsätzlich Neues zu schaffen ist, nicht als Diktat von oben, sondern als Ergebnis einer grundlegenden Wandlung in den Methoden der Massenarbeit und Parteipolitik.

Unsere Aufgabe

Im Kampfprogramm des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie vom Januar 1934 heißt es:

»Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen.«

Als dieses Programm veröffentlicht wurde, ertönte es bei den Kommunisten nur Hohn und Spott. Jetzt sind ihre führenden Funktionäre auf dem Wege, wenn auch mit Vorbehalt und Hintertüren,

Nazi-Schmacks Eidenwallen

Wer ist Dr. Meunier?

Im Berliner »Angriff« zeichnet als »Hauptschriftleiter L. V.« ein Herr Dr. Ernst Meunier. Auch ist er dort, wie sich aus dem sogenannten Impressum, dem gesetzlich vorgeschriebenen Drucker- und Verlagsvermerk ergibt, »Chef vom Dienst«. Dr. Ernst Meunier ist also sozusagen hinter den Rosenberg und Hauptmann Weiß ein ziemlich hoher Kandelaber des nationalsozialistischen politischen Schrifttums. Bei diesem aber kommt es wiederum — nach einem großen Göbbelswort — nicht so sehr auf »jüdischen« Intellekt als auf — natürlich nordischen — Charakter an. Nun, der Herr Dr. Ernst Meunier ist solch ein Charakter-Nordländer ziemlich eigener Art!

In die journalistische Lehre ging er in Heidelberg und bald darauf im Weltkrieg — als wohlreklamierter in der ganz und gar kugel- und bombensicheren Presseabteilung des Generalgouvernements Warschau — bei einem ganz und gar freisinnigen und »liberalistischen« deutschen Journalisten, dem Chefredakteur Dr. F., der bis zu Hitlers Machtergreifung eine sich durch Sachlichkeit und Ritterlichkeit auszeichnende Korrespondenz leitete, die — freilich vergebens — grade die sogenannten »feinen Leute« von der ganzen nationalen Würdelosigkeit und geistigen Hohlheit der Hitlererei zu überzeugen versuchte. Diese seine hundertprozentig »liberalistische« Lehrzeit hat offenbar bei Herrn Meunier nicht verfangen. Immerhin scheint es doch eigenartig und insbesondere bezeichnend für den Charakter zu sein, wenn man jetzt nach zwanzig Jahren, mit dem geschwungenen Totschläger hinter seiner eignen Jugendsünde nur so hinterherrennt! Ueber den Heroismus des gleichen nordischen Charakters: Siehe die Re-

klamation während der ganz »großen« Zeit und die Erinnerung an so manches Kasino-Gespräch gegen »Siegfriederische und »Anekdotenisten«, deren verrückte Ideen damals schließlich noch hatten bewirken können, daß der Staat vielleicht doch einmal von der strotzenden, jugendfrischen K.-V.-Gesundheit des Herrn Meunier Gebrauch gemacht hätte! Zeugen solcher Kasino-Gespräche sind noch vorhanden.

Herrn Dr. Meunier lag aber offenbar daran, dieses sein journalistisches Charakterbild noch bedeutend nach oben abzurunden! Wäre er im Kriege oder auch nach Versailles von der Richtigkeit nationalsozialistischer Leitgedanken so felsenfest schon überzeugt gewesen, so hätte ihm sicher die »Deutsche Zeitung«, die »Kreuzzeitung« oder auch irgend eine Pommersche Kreisblattquetsche entsprechend anständig bezahltes Obdach geboten. Aber offenbar spürte auch nach dem verlorenen Krieg Herr Dr. Ernst Meunier noch nicht die geringsten Ambitionen als deutscher Freiheitkämpfer. So fügte es sich, denn, daß er Redakteur des »Zeitungsverlages« — des von unentwegtem Manchester-Standpunkt geleiteten Unternehmer-Blattes der deutschen Zeitungsverleger — wurde! Man muß sich in diesem Zusammenhang die ganze Tragödie des bürgerlichen Journalismus in der Nachkriegszeit, im Inflationsrausch und im Pump-Kapitalismus, vorstellen! Stinnes, der Vorläufer an deutscher Popularität vor Hindenburg und Hitler, kaufte gedruckte Gesinnungen gleich im Ramsch. Die ältesten und ehrwürdigsten Verleger-Familien gingen krachen und wichen irgendwelchen finanztichtigen Aventureurs. Man stürzte sich auf das Zeitungs-»Geschäft« wie auf ausgerangiertes Heeresgut, und mit

Verlagen einschließlich ihrer Redakteure wurde wie mit Apfelsinen gehandelt. Es verschärfte sich demzufolge aber auch die schon längst vorher vorhandene soziale Spannung zwischen Verleger und bürgerlichem Journalist. Man war sogar nicht mehr weit davon entfernt, im sogenannten »Reichsverband« der Redakteure auch den Klassenkampf- und gewerkschaftlichen Solidaritätsgedanken endlich hochleben zu lassen. Ueber welchen Charakter mußte man also schon — ganz jenseits jeder Parteibarriere — verfügen, wenn man sich ausgerechnet in dieser Zeit — selbst Journalist — den alten und den neuen Verlagsbaronen als getreuer Schildknappe gegen gute Bezahlung anbot?! Herr Dr. Meunier fand gar nichts dabei, ein rauher Kämpfer nicht etwa gegen die Bank- und Börsenfürsten, die ja auch die meisten seiner unmittelbaren Brotgeber als »Verlagsdirektoren« an der Strippe hielten, zu werden, sondern — gegen die eigenen Berufsgenossen! In der Tat: auf das Tapferste schlug sich da Herr Meunier sowohl für das schaffende wie das raffende Kapital...

Könnte also überhaupt jemand charakterologisch befähigter sein, jetzt von hoher Redaktionswarte des »Angriffs« aus die Pogrome gegen die Juden am Kurfürstendamm zu dirigieren? Hat er nicht das Recht, sich durch ehern antikapitalistische Gesinnung erworben, der Dr. Meunier, einen Reichsbankrat mit totschiessen zu helfen, weil der meinte, daß das Mietzählen immer noch nicht abgeschafft sei? Die Elite Deutschlands, vertreten durch die »aktiven« Nationalsozialisten, wird in diesem »Hauptschriftleiter L. V.« sicherlich besonders glänzend personifiziert!

mit Abschwächungen und Selbstüberhebungen, die Richtigkeit dieser Auffassungen anzuerkennen. Unsere Aufgabe muß es sein, durch Aufklärung in den Massen diese beginnende Wandlung vorwärtszutreiben und durch Herstellung der notwendigen geistigen Voraussetzungen die Grundlage zu schaffen für die wirkliche Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung.

»Mehr Zivilcourage«

... bei den anderen!

In der Zeitschrift des Reichsverbandes Deutscher Offiziere veröffentlicht Johann von Leers einen Artikel, in dem es heißt:

»Das Gegenstück zur verantwortungslosen, das Vaterland schädigenden Gerüchtmacherei ist der vielfach grenzenlose Mangel an Zivilcourage...«

Gerade der nationalsozialistische, in dem die Kritik der Presse an Menschen auch der unteren Gliederungen von Staat und Partei nicht zugelassen ist, braucht es durchaus, wenn die vorgesetzten Stellen auf Fehl-

er und Mißstände aufmerksam gemacht werden. Das geschieht aber viel zu wenig, dagegen wird gemurmelt, geschimpft und Unzufriedenheit erzeugt, während der unzureichende Mann auf seinem Posten ruhig noch etwas länger Porzellan entzweimachen kann, bis dann doch das Material sich gegen ihn häuft. Ein sachlicher, ernsthafter Mann, der mit guten Beweismitteln berechnete Beschwerden vorgebracht hätte, wäre in der Lage gewesen, hier rasch Abhilfe zu schaffen. Aber gerade an diesem Mangel an Zivilcourage krankt das deutsche Volk. Er ist besonders bei der Durchführung unseres Führerprinzips eines der schwersten Hemmnisse, denn durch sein Fehlen wird die Entfernung minderwertiger Personen von führenden Posten nutzlos verzögert zum Schaden von Volk, Partei und Staat.«

Herr von Leers hat bis jetzt seine »Zivilcourage« nur an den Juden ausgelassen, denen er Meuchelmörder und Gewalttäter ins Haus hetzte. Natürlich weiß er ganz genau, daß dem Volke nur das Fißstern übrig bleibt, weil es schlechthin unmöglich ist, gegen minderwertige, aber führende Subjekte etwas auszurichten, zumal die Minderwertigkeit, von

der Leers hier spricht, sich bis in die höchsten Spitzen des Reiches breitmacht.

Wir geben Herrn von Leers einen Rat: er mag sich genau nach dem Vor- und Privatleben des Grafen Helldorf, derzeitigen Polizeipräsidenten Berlins, erkundigen. Wir sind fest überzeugt, daß er nach den ersten Auskünften über die Minderwertigkeit dieses Mannes Bescheid wissen wird. Aber wo wird denn seine Zivilcourage sein?

Es wird gesparrt

Das Männerbad in Dortmund ist um 36 Zentimeter erweitert worden, um das »vorgeschriebene Trainingsmaß« zu gewährleisten. Sogar der gleichgeschaltete Düsseldorf »Mittag« sieht sich genötigt, dieses Ereignis unter der Überschrift »Kostspielige 36 Zentimeter« bekanntzugeben. Der geringfügige Umbau hat der Stadt nämlich 5000 (in Worten: fünftausend) Reichsmark gekostet.

Grenzgeschichte

Im Göbbels Blätterwald sind Grenzgeschichten besonders gefragt. Immer wieder macht die Nazipresse darauf aufmerksam, daß literarisch mehr für den Anschluß des Germanentums jenseits der Grenzen zu tun sei. Also her mit entsprechenden Geschichten, in denen Kriegsstimmung für das größere Dritte Reich geweckt werden soll. Diese nationalistischen Pistolen sind alle über den gleichen Leisten gezogen. Hier folgt eine, die jüngst in der Deutschen Allgemeinen Zeitung stand und durch eine Reihe Naziblätter ging. Überschriften: »Die Grenze«, nämlich die böhmisch-deutsche, vor der der kleine sudetendeutsche Franzl steht. Hinüber möchte er, in die Reichshauptstadt pilgern. Teutonisches Heimweh treibt den Elfjährigen. Aber der deutsche Grenzer darf ihn ja so ohne Ausweis nicht hinüber lassen und Franzl muß umdrehen. Der Beamte jedoch — —

»Der Beamte blickt der kleinen Gestalt mit den schmalen, zuckenden Schultern nach und spürt das Elend dieser Grenze wie niemals während seiner langen Dienstzeit.«

Jenseits indessen stapft der Franzl dahin. »Wie unter einer viel zu schweren Last setzt er Fuß vor Fuß.« Schmerzen haben deutsche Elfjährige in Böhmen! Was aber denkt der Franzl so Fuß vor Fuß?

»Er denkt an die kleine Fahne in den Farben des Reiches, die er zu Hause verstohlen und heimlich unter dem Kopfkissen seines Bettes aufbewahrt. Er denkt daran, daß er vor wenigen Tagen vier Stunden nachsitzen mußte, weil er in der Schule, während der Turnstunde, das Lied

der Deutschen vor sich hingesummt hatte.«

Wenn da im lesenden Hitlerjungen nicht der Wille wächst, den böhmischen Franzl mit einem frisch-fröhlichen Kriege zu befreien! — Ewig schade, daß der Grenzer den Bub nicht hinüber ließ; wir können der DAZ erzählen, wie die Sache weiterverlaufen wäre. So nämlich: Der Franzl ist ein aufgeweckter Bub und je weiter er ins Dritte Reich vordringt, desto unbehaglicher fällt ihm auf, wie still und sonderbar die Bewohner sind.

»Wie gehts Euch?« fragt der Bub wie im Märchen, wo die Fragerei ja auch immer so bequem und einfach verläuft. »Wie gehts Euch, Hebe Landsteute?«

»Gut gehts uns! Ausgezeichnet, hahaha... Bei uns Blutapfelsine!« Und wieder wie im Märchen feixen und grienien die Leute so stumm und mit viereckigen Gesichtern.

»Warum dreht Ihr Euch denn immer um, wenn Ihr einander zuflüstert?!«

»Hahaha, guckt Euch das Bürschlein an! Wo kommt sowas her? Ist wohl vom Monde gefallen? Oder der Vater bei der Gestapo, wie?!«

Da findet der Franzl nicht hinein und nicht hinaus. Bekümmert und nachdenklich, wie Elfjährige in braunen Grenzgeschichten nun mal sind, setzt er nordwärts Fuß vor Fuß. — Kommen müd und abgerissen zwei Burschen daher, pfeifen ein böhmisches Lied. Der Franzl spricht sie an. »Wo willst Du denn hin?« fragen die beiden den blassen Jungen. »Ins Hitlerdeutsche? Da kommen wir grad her. So schön wars, daß wir nicht mehr aushielten. Vor einem halben Jahr sind wir über die Grenze desertiert. Jetzt Schluß!

Lieber daheim im Gefängnis. Hast Du Tropf noch nie gelesen, wieviel böhmische Deserteure fortgesetzt zurückkommen, um sich zu stellen?!« Entschlossen hauen die beiden gen Süden ab.

Franzl muß sich auf einen Meilenstein setzen, so benommen ist er von dem Gehörten. Kaum ein Stündchen sitzt er, da tippelt eine Kolonne verstaubter Männer heran. Von weitem schon erkennt der Bub ihren Egerländer Dialekt und fragt sie, woher und wohin. Die Kolonne lächelt den Knaben grimmig an. »Wir haben Henlein gewählt und waren seine Trabanten, weil dafür drüben in Deutschland Arbeit versprochen wurde!« Gähnend, zum Gehen gewendet, den Knaben bei der Hand nehmend: »Wenn wir in 24 Stunden nicht jenseits der Grenze sind, dreschen sie uns rüber, haben Hitlers Gendarmen gesagt! Hast Du davon nie gehört und nie gelesen, Du Starmatz?!« — Und über ein Kleines landet der Bub wieder in seiner heimischen Gemarckung, betroffen und verschiedener Illusionen ledig.

Die DAZ wird zugeben, daß wir uns kurz gefaßt haben. Wir hätten dem Franzl einige Kapitel Schutzhaftmarter und KZ, einige Schlachten gegen Katholiken, Stahlhelmer, Demokraten, Marxisten, Freimaurer und Juden, kurz einiges von der neuen deutschen Volksgemeinschaft handgreiflich erleben lassen können. Statt dessen ellen wir diszipliniert zum Schluß der Grenzgeschichte:

»Da steigt es auf in ihm, da fühlt er alles Leid des Fremdsins, der Verlassenheit, des ewig nicht Heimkönnens, und er schlägt die Hände vor das Gesicht und schluchzt: »Und ich bin o a Deutscher, — ich bin doch o a Deutscher!«

Hätte der strebsame Dichter jedoch gewagt, den Buben ein Stück ins heutige Deutschland pilgern zu lassen, so hätte der am Ende genau dieselben Worte geschluchzt, aber diesmal vor Scham und Entsetzen — vor Scham über die Zustände in diesem Volke.

Wobei man ihn trösten könnte: »Ist ja nicht so schlimm, Franzl, daß Du ein Deutscher bist; nicht alle 60 Millionen sind Bestien. Wird ja mal wieder anders, dann wird wieder Freundschaft sein über die Grenzen hinweg und Dein Autor darf Dich nach Deutschland hinein und alles sehen lassen, wie es ist, ohne daß Du vor Schreck stumm wirst und er im KZ erschlagen wird!«

Max Baldauf.

Die neue Saison

Zurück zu den Toten.

In der Hitlerpresse wird die neue Theatersaison mit Spielplan-Betrachtungen eingeleitet, die wiederum eine hartnäckige Flucht in die Vergangenheit zeigen. Was an neuen Stücken angekündigt wird, lebt von vergangenen Jahrhunderten. Typisch ist der Spielplan der Städtischen Bühnen von Frankfurt am Main. Mit einem Schauspiel aus dem Bauernkrieg gehts los, dann folgen ein Stück aus dem alten Flandern, ein Keplerdrama, ein altes Mythenstück, ein Napoleondrama, die Ermordung Kotzebues, ein Pandurenlustspiel aus der Zeit Maria Theresias. Die einzigen Uraufführungen von Schauspielen aus unserer Zeit entstammen ausländischen Federn: Pirandello und Jean Giono. Diese Stücke spielen im Ausland, da kann dem

Mit Henri Barbusse ist ein Dichter dahingegangen, der politisch wirken wollte und mit einem Buche politisch gewirkt hat, wie kaum ein zweiter der letzten zwanzig Jahre. Die jüngere Generation vermag sich nur schwer vorzustellen, wie ein Fanal sein Roman Le Feu war. Auf den Schlachtfeldern Europas raste das Trommelfeuer, verbluteten die Völker, bis zum Irrsinn ineinander verhasst. Nirgends ein Lichtschimmer der Vernunft. Ab und zu ein paar Gedichte, aus denen der Schrei geschändeter Menschlichkeit brach. Dazu gehörten damals auch Max Barthelemy's defätistischen Verse aus den Argonnen — desselben Novemberverbrechers Barthelemy, der sich um den 5. März so wendig an die neuen Kriegshetze angeschlossen — Brüger, Lersch, Traudl u. a. erhoben ihre Stimme für Völkerversöhnung. Aber das alles ging unter im Chorus der landläufigen Kriegsdichterei. Wie eine literarische Bombe schlug »Le Feu« zwischen. 1916. Der Poilu Barbusse erzählte vom blutigen Alltag des Schützengrabens, zeigte die Feldgrauen wie sie waren, dachten und den Krieg verfluchten — und sprach damit für alle Soldaten des Weltkriegs. Alle diese Millionen waren keine »Krieger« geworden, sondern blieben Arbeiter, Bauern, Kleinbürger oder Bürger, die vergeblich nach dem Sinn des Menschenmordens fragten und nach Hause wollten. Der französische Massenaufleger des Buches folgte eine deutsche. Der Roman war eine literarische Großtat, die zwischen Leben und Tod entstand. Nie wieder hat Barbusse eine so breite, so tiefe Wirkung erzielen können.

Später folgten ähnliche Kriegsreportagen deutscher Dichter. Sie alle sind, samt Le Feu, in Hitlerdeutschland verboten. Man sucht dort zwar ab und zu Begegnungen mit englischen und französischen Frontkämpfern zu arrangieren, aber die Bücher, in denen die Frontkämpfer sich und ihr Kriegserlebnis erkennen, verlieren dem Index und dem Scheiterhaufen. Denn die braunen Kriegsspekulanten können solche Wahrheit für ihre Jugend nicht brauchen — und leider wurden sie bisher auch von keinem der ausländischen Frontkämpferdelegationen deshalb zur Rede gestellt.

A la Coué . . .

Aus einer Berliner Zeitung:

»Es gibt nichts, was gemeiner wäre als die Greuelmeldungen des Auslandes. Uns geht es sogar täglich besser . . .«

Das klingt ja fast wie ein Notschrei nach Coué! Besser, täglich besser —!

Es fehlt etwas!

Aus der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«:

»Wenn man heute durch deutsche Städte wandert, fehlt einem irgend etwas. Aber man weiß nicht, was . . .«

Wirklich nicht?!

Wie vor dem März 1848

Die These, daß sich im Nationalsozialismus »die monopolkapitalistische Diktatur« offenbart, ist nicht haltbar, denn erstens gibt es keinen so einheitlichen »Monopolkapitalismus«, zweitens hat der kleinbürgerliche Nationalsozialismus auch sein Eigengewicht, drittens haben sich die Junker im Dritten Reich besser eingerichtet als der deutsche Kapitalismus, der als Ganzes nicht auf Export und Weltwirtschaft verzichten kann, vom Nationalsozialismus dazu aber durch seine Ideologie wie durch seine Wirtschaftspraxis gezwungen wird, und viertens müßte einmal ganz allgemein untersucht werden, inwieweit denn ein großindustrielles Land, das stets wachsende Bedürfnisse erzeugt, Waren loswerden will, freie Wissenschaft nötig hat und seiner inneren Gesetzmäßigkeit nach einfach nicht leben kann, ohne die anderen leben zu lassen und zugleich jene zurückzudrängen, die der großindustriellen Entwicklung hinderlich im Wege stehen (also die Zünftler und die Junker), sich überhaupt mit einem solchen Zustand abfinden kann, wie das Dritte Reich geschaffen hat. Es liegt noch kein Beispiel dafür vor, denn die Diktatur hat außer Deutschland noch kein kapitalistisches Land größten Stils erfaßt, und eine gründliche Analyse des Nationalsozialismus würde ergeben, daß das Dritte Reich weit eher das Resultat von zuwenig, als von zu viel an Kapitalismus ist. Zu spät in die kapitalistische Entwicklung eingetreten, außerhalb seiner Grenzen auf schwere Konkurrenz stoßend, der Binnenmarkt durch Kleinstaaterei und Zünftlerei, durch Agrarismus und erfolgreiche Reaktion nicht sehr ergiebig, im Rücken ein relativ modernes Proletariat, ging die kapitalistische Entwicklung in Deutschland sehr widerspruchsvoll, bald stürmisch, bald ungeheuer gehemmt vor sich. Wie in keinem anderen Lande der Welt fanden konservative Gedanken Eingang, die »Frankfurter Zeitung« stellt sehr richtig fest:

»Es gehört zu den hervorsteckendsten Eigentümlichkeiten der neueren deutschen Geschichte, daß der westlichen Aufklärung stets nur mit innerem Widerstreben Eingang gewährt wurde.«

Das eben ist das Verhängnis des deutschen Kapitalismus, und das ist auch entscheidend die Ursache für jenen Sieg des Nationalsozialismus, wie ihn gerade die moderne Welt und der in Deutschland zu ihr gehörende Teil des Bürgertums und der Arbeiterschaft nicht mehr für möglich gehalten hat. Aber es gibt zwei Deutschlands, wie auch der Schöpfer des Mythos, Rosenberg, sehr richtig sagt, es gibt ein proletarisch-großindustrielles und ein großagrarisches-zünftlerisches Deutschland. Viel zu fremd war uns Großstädtern, modernen Arbeitern und Intellektuellen das Deutschland des Ostens, und Topf hat durchaus Recht, wenn er in seinem vorzüglichen Buch über die deutsche Landwirtschaft (»Die Grüne Front«) Osteuropa als ein unbekanntes Land bezeichnet. Ja, es gibt zwei Deutschlands, eins leidet unter dem anderen, eins

haßt das andere, beide liegen miteinander im Kampf:

»... die zwei Deutschlands, die sich 1870—71 schon zeigten, nach 1914 unverändert gegenüberstanden, 1918 endgültig auseinanderfielen und heute auf Leben und Tod miteinander ringen.« (Mythos, S. 105).

Was sich bei Rosenberg als ein Kampf um Blut und Ehre spiegelt, es ist doch in Wirklichkeit der Kampf des romantisch-konservativ-agrarisch-zünftlerisch-bürokratischen Deutschlands gegen das fortschrittlich-großindustriell, und darum notwendigerweise auch modern-proletarische Deutschland. Es ist in der Tat ein Kampf um Leben und Tod, und alle Kämpfe des heutigen Deutschlands sind in diesen unerhörten weit gespannten Rahmen hineinzustellen, der Umbruch, der sich am 30. Januar 1933 in Deutschland ganz offiziell anbahnte, ist in der Tat geschichtlich beispiellos und von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Zivilisation, über die der moderne Sozialismus immer nur in fortschrittlicher Weise hinausgehen, hinter die er aber niemals zurückkehren kann. Und das, was wir historisch als den Kapitalismus verstehen, sieht sich um Jahrzehnte zurückgeworfen. Das beweist uns immer wieder vor allem die »Frankfurter Zeitung«, die das größte kapitalistische Unternehmen Deutschlands repräsentiert und heute zuweilen schreibt wie vor 1848. Wir greifen ein Beispiel heraus, und zwar einen Artikel »Der politische Mensch« (14. Juli 1935). Dort lesen wir folgendes:

»Der totale Staat fordert den ganzen Menschen; ein Mensch, der sich seinem Staat ganz und gar verbunden und verpflichtet fühlt, ist ein »politischer Mensch«. Das klingt sehr einfach. Ein Staat, der alle Lebensbezirke der in ihm lebenden Menschen regulieren und regimentieren wollte, wäre aber kein totaler, sondern ein Polizeistaat. Ein Mensch, der erwarten würde, daß in Zukunft alle Teile seines Daseins vom Staat ihre Ordnung und ihr Gesetz erhielten, wäre kein politischer Mensch, sondern ein Untertan und ein Narr, der in einen Nachtwächterstaat gehört...«

Jeder Staat, auch der, der nur dem Vorteil einiger Weniger, oder sogar nur eines Einzigen dient, wird für sich beanspruchen, das Beste seiner Untertanen zu wollen. Die Führer dieses Staates werden eben eine feudale Ordnung für die gesündeste Ordnung halten. Es ist jedoch eine Folge der »totalpolitischen« Entwicklung der Menschen, vor allem der des Abendlandes, daß man eine gestufte Rangordnung unter den Menschen nicht für gerecht hält. Dieser geschichtlichen Tatsache entspricht es, daß fast alle abendländischen Staatswesen auf dem Grundsatz der Gleichheit, des gleichen Rechtes für alle aufbauen. Die Gemeinschaft eines Volkes ist deswegen bei uns nicht eine philosophisch deutbare Vorstellung, sondern eine höchst wirkliche Erscheinung. Diese Erscheinung bildet den lebendigen Inhalt eines Staates. Sie ist als Volk natürlich bedingt, d. h. sie ist die Gemeinschaft aller Leute gleicher Landschaft und gleichen Stammes. Sie ist politisch nach außen durch Grenzen und Staatsangehörigkeit, nach innen durch das Bewußtsein gegenseitiger Verpflichtung

umschrieben. Dieses Bewußtsein gegenseitiger Verpflichtung ist das Grundelement seines staatlichen Lebens. Der von allen gemeinsam getragene Staat, dem demgemäß alle gemeinsam und gleich verpflichtet sind, ist die intensivste Vereinigung aller einer Volksgemeinschaft angehörigen Menschen.«

Wir sehen uns also vor die bemerkenswerte Tatsache gestellt, daß das größte monopolkapitalistische Unternehmen Deutschlands unter einem unverkennbar liberalistischen und antifeudalistischen Gesichtspunkt gegen den totalen Staat polemisiert, der also demnach kaum als sein Staat empfunden werden kann. Auch weitere Ausführungen sind gekennzeichnet:

»Ein Gewaltstaat kann nie ein totaler Staat sein, er verfällt der Revolution, sobald die Gewalt nicht auf der Hut ist.«

»Der Staat ist wohl in England wie in Frankreich das Volk, daher die Hartnäckigkeit des Staates in diesen Ländern trotz aller Regierungskrisen.«

Solcherlei Gedanken ließen sich weiter beliebig anführen, und auch was die Stellung zur Wissenschaft, zur Persönlichkeit und zur Geschichte anbelangt, kehrt im gewissen Sinn der Geist der vormärzlichen bürgerlichen Kritik wieder. Mit aller Deutlichkeit wird gegen Rosenberg polemisiert, der in Ueber einstimmung mit seiner Bewegung keine voraussetzungslose Wissenschaft, sondern nur Wissenschaft mit gemachten Voraussetzungen gelten lassen will. Die »Frankfurter Zeitung« sagt:

»Die Lehre von der Erfahrung ist die Geschichte. Ihr Studium gehört an die Spitze der Erziehung des politischen Menschen, nämlich als die Lehre vom eigenen Volke und von seiner Stellung unter den anderen Völkern. Die Geschichte als Lehrmeisterin ist aber nur unter zwei Voraussetzungen fruchtbar: zum einen, wenn sie der richtigen Erkenntnis des Heute dient und wenn dieses Heute nicht als Dogma der Betrachtungsweise, sondern als Ausgangspunkt genommen wird; es ließe sich nichts aus der Geschichte lernen, wenn man in ihr das betrachtete wollte, was mit dem Heute in gutem Einklang steht. Zum anderen: wenn man die Geschichte so studiert, wie sie wirklich war, nicht wie man sie gerne haben oder sehen möchte.«

Offenbar kann ein Teil des deutschen Bürgertums doch nicht darauf verzichten, die immer wieder steckengebliebene Revolution nunmehr doch noch durchzuführen bestrebt zu sein. Oder ist das Schicksal des deutschen Kapitalismus schon endgültig in dem Sinne entschieden, wie Rosenberg, die neudeutsche Romantik, und die feudal-agrarische Reaktion anstreben? Für den internationalen Sozialismus wäre dieser Umbruch von heute noch nicht erkannter ungeheurer Konsequenz.

Selbstcharakteristik

Aus dem »Völkischen Beobachter«:

»Das Maul ständig aufreißen, ist eine Angelegenheit der Schwächlinge. Wer zuviel redet, tut zu wenig!«

Das braucht sich der Herausgeber eigentlich nicht bieten zu lassen!

Theaterdirektor nicht viel passieren. — Und diese Ankündigung überschreiben gleichgeschaltete Blätter: »Ein interessanter Theaterwinter.« Ist das nun ironisch gemeint?!

Parteiuch-Milnen bevorzugt.

Göbbels' Präsident der Reichstheaterkammer hat den deutschen Bühnen einen Befehl notifiziert, in dem es heißt:

»Zu meinem Bedauern habe ich die Feststellung machen müssen, daß die Engagementsvermittlungen für die kommende Spielzeit fast beendet sind und gleichwohl noch eine große Anzahl Parteimitglieder und Frontkämpfer kein Engagement für die kommende Spielzeit erhalten hat.

Ich weise nochmals auf den Erlaß des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda vom 20. Juli hin, der auch für die Vermittlung der Engagements der kommenden Spielzeit als Grundlage zu gelten hat. Es ergeht daher an alle Theaterleiter die Aufforderung, unter allen Umständen bei noch vorhandenen Vakanzen, Parteimitglieder und Frontkämpfer bevorzugt zu berücksichtigen.«

Ganz gleich, ob ein Theater dieses oder jenes Fach zu besetzen hat, ob es einen jugendlichen Liebhaber oder einen Komiker braucht — Parteimitglieder sind einzustellen. Qualität gleichgültig. Göbbels braucht Krippen für seine Dieltanten, sie meutern ohnehin genug. Welcher Bühnenmensch kann da noch wagen, ohne braunen Parteiausweis herum zu laufen!

In Venedig ausgepiffen.

Auf der internationalen Filmkunstausstellung in Venedig laufen zur Begutachtung Filme aus allen Ländern. Hier ist auch der

ausländische Platz, wo Hitlerdeutschland endlich einmal den Riefenstahlischen Parteitagsfilm starten lassen konnte. In demokratischen Ländern ergäbe so etwas laute Lacherfolge, denn wenn hier in der Wochenschau eine neudeutsche Kolonne im ewigen Stechschritt gezeigt wird, setzt im Publikum prompt allgemeine Heiterkeit ein. In Mus-solinien feiert der Führerrummel gegenwärtig wieder nationalistische Orgien, also müßte eigentlich für die braune Abart Verständnis da sein. Hören wir, was der »Völkische Beobachter« berichtet:

»Das Publikum nahm den Film als Ausdruck deutschen Lebens und Geschehens. Der Beifall am Schluß war herzlich, daran vermochten auch einige Personen nichts zu ändern, die aus politischen Gründen dagegen opponieren wollten...«

Einige Personen? Wenn schon der »Völkische Beobachter« von der Störung Notiz nehmen muß, scheint es sich um einen ziemlich kräftigen Protest gehandelt zu haben. Und das im Mutterlande des Faschismus!

Der gefährliche Ibsen

Die braunen Schrupfgermanen haben es nicht leicht mit den großen Vertretern nordischer Literatur, nicht mit Selma Lagerlöf und Siegrid Undset, nicht mit Ibsen, der eigentlich für einen neugermanischen Spielplan ab und zu Ehrenache ist. Wie rettet man ihn für solche Renommierzwecke? Sehr einfach, man hält sich an seine romantischen Stücke. In gleichgeschalteten Blättern wird das in einem Bericht über Berliner Theater so ausgedrückt:

»Gerade auf die weiteren Ibsen-Auffüh-

rungen der Direktion Legal-Raeck darf man gespannt sein, weil es ihnen um die »Wiederherstellung des Thesen-Ibsens« geht, den man von den Trübungen des Naturalismus, in die er zwangsläufig in Deutschland geriet und die auch in den besten Uebersetzungen damaliger Zeit fühlbar sind, befreien will, um das Bild des Mystikers Ibsen neu zu verdeutlichen.«

Der rebellierende Ibsen, der Staatshasser, der Kritiker der bürgerlichen Ordnung, ist für Mameluckentheater nicht zu brauchen, denn er fordert mit Björnson: »Sei in Wahrheit!« Nicht Zweckwahrheit, sondern Wahrheit um der Wahrheit willen! Er verfiert das Recht des Individuums gegen dumpfen Hordegeist oder Untertanengeist, er bekämpft die Lebenslügen. Gerade an ihrer Stellung zu dem Gesellschaftskritiker Ibsen zeigt sich die Zurückgebliebenheit der braunen Rückwärtser. Das ganze Getöse gegen »das Bürgerliche«, womit sie gern blüfen, ist nichts als Theaterdonner und richtet sich nur gegen den Bürger, soweit er Menschenrechte gegen den totalen Staatsunsinn vertritt. Aber die Lebenslügen des Bürgers, die haben sie sturer übernommen, als es je ein Spießer getan. Die Frau gehört ins Haus, ist eine Zuchtstute und hat Kinder zu gebären, die dem totalen Staate gehören. Ein neuer Ibsen könnte für das Dritte Reich eine neue Nora schreiben, wenn das KZ nicht wäre. Was also sollen die braunen Feldwebel mit dem wirklichen Ibsen, dem Erneuerer des europäischen Dramas, anfangen? Hedda Gabler ist für sie ein entartetes Frauenzimmer, der geniale Ellert Löwberg ein Asphaltliterat, Nora eine chrvergessene Mutter, der idealistische Hitzkopf Stockmann, der seine Existenz

für die Freiheit der Meinung einsetzt, ein Meckerer und Kritiker, wie der ganze Ibsen.

Philisterhaft bis auf die Knochen ist das, was die braunen Bonzen ihre Kunstfassung nennen, muffig und primitiv wie eine Wachtstube. Ibsen war wirklich kein Umstürzler, sondern nur ein oppositioneller Frager und Zweifler, für das Dritte Reich jedoch ist er immer noch ein gefährlicher Revolutionär, weil er zu unbarmherzig fragt und Wahrheit fordert. Unbequem quillt er ihnen über die Ränder ihres spießigen Ein-topfhorizontes, darum muß er beschnitten und »das Bild des Mystikers Ibsen neu verdeutlicht« werden. Denn der ist ungefährlicher. Die Reaktion seiner Zeit bejubelte den Mystiker Ibsen — der Gesellschaftskritiker wurde von ihr verabscheut, wie jetzt von den Nazis. Bürgerliche Muffigkeit und Nazi-spießerei finden sich hinter den Kulissen, könnte man sagen, wenn dieses Bürgertum den unbequemen oppositionellen Eingänger nicht immerhin mit allen seinen Stücken hätte zu Worte kommen lassen. Die braunen Erneuerer des deutschen Theaters getrauen sich das nicht. Der Tote muß romantisch vernebelt werden. B. Er.

Drum!

Auf der dritten Gauarbeitertagung der NS-Kulturgemeinde im Gau Ostpreußen sagte Pg. Dr. Stang in einer großen Rede:

Unsere Kultur kommt aus innerem, heiligem Feuer und muß überall entzündet werden.

Nämlich auf jenen Scheiterhaufen, die aus deutschen Büchern errichtet sind.

Hitlers Kampf gegen die katholischen Arbeiter

Kraft durch Freude — unchristlich — Falsche und echte Einheits-Arbeitsfront

Im Streit des Systems mit der Kirche wird die besondere Feindschaft Hitlers gegen die katholischen Arbeitervereine immer sichtbar. Ein Erlaß des Ley vom 27. April 1934, durch den die Doppelmitgliedschaft in konfessionellen Standesvereinen und in der Arbeitsfront verboten worden war, wird an allen Stellen der DAF mit schärfster Unterstreichung in Erinnerung gebracht. Das »Arbeitertum« stellt fest, daß neben den »Arbeitervereinen« auch alle »sogenannten Standesvereine« von dem Verbot erfaßt werden müssen und nennt als Beispiele: Gesellenvereine, Hausgehilfen- und Dienstmädchenvereine, Landmädchenvereine (Weiße Rose und ähnliche), katholisch-kaufmännische Vereine, Verein der katholischen Sozialbeamtinnen, Verein Christlicher Arbeiterhilfe usw. Das »Arbeitertum« sucht nachzuweisen, daß all die Vereine in ihrer Betätigung weniger religiöse Zwecke, als vielmehr politische verfolgten. So befaßte sich der Süddeutsche Verband nach seinen neuen Satzungen mit der »Widerlegung der liberalistischen, kommunistischen und marxistischen Irrlehren«, einer Aufgabe, für die einzig der Staat und die NSDAP zuständig seien. Auch die übrigen satzungsgemäßen Aufgaben wie Bildungsveranstaltungen, Pflege des Gemüts durch arbeitertümliche Feste, Förderung des deutschen Volkliedes, des Lalenbühnenspiels, Zusammenfassung der Jungarbeitergruppen zur Ertüchtigung ihrer Mitglieder, Rechtsschutz, Gewährung von Sterbegeld usw. hätten nichts mit Religion zu tun, sondern seien Aufgabengebiete des Staates und der NSDAP. Auch die »Abwehr der Gottlosenbewegung und widerchristlicher Zeitirrtümer« sei überflüssig geworden, »nachdem es Freidenkerorganisationen in Deutschland nicht mehr gibt«.

Das »Arbeitertum« bemüht sich in weiteren langatmigen Ausführungen nachzuweisen, daß all diese Vereine politischer Herkunft sind und ihre heutige geistliche Leitung durch geistliche Führer im Widerspruch zum Konkordat stehe. Es soll der Anschein erweckt werden, daß alle Verbotsmaßnahmen nur dem Zwecke einer Entpolitisierung der Kirche dienen und nur in einem Nebensatz wird gesagt:

»Daß die Vereine gleichzeitig gewerkschaftsähnlich stets waren und noch sind, steht ebenfalls außer allem Zweifel.«

Die Heftigkeit, mit der die Arbeitsfront gegen die Reste der konfessionellen Arbeitervereine ankämpft, läßt aber keine Zweifel, daß der Kampf nicht zuletzt von der wachsenden Angst vor irgendwelcher gewerkschaftlicher Organisierung der Arbeiter und Angestellten, welcher Richtung auch immer sie sein mögen, diktiert ist. Diese arbeiterfeindliche Haltung wird mit neuen sozial-ethischen Lügen getarnt. So schreibt das »Arbeitertum«:

»Was aber jedem nationalsozialistischen Denken zuwiderläuft ist die Aufrechterhaltung des Begriffes »Arbeiterschaft« als eines besonderen Standes.«

Das »Arbeitertum« hat noch im Mai 1933 bei Propagierung des »Ständestaates« den Arbeiterstand proklamiert. Inzwischen haben die Monopolgewaltigen dem »Ständespuk« bei den Nazis ein jähes Ende bereitet und den Arbeiter in die »Volksgemeinschaft« abkommandiert. Heuchlerisch meint das Blatt, daß es der Zielsetzung »absolutistischer Vergangenheit« entspreche, den »Arbeiterstand« als den untersten, den Priesterstand als den obersten anzuerkennen, daß der unterste Stand unter der Führung des obersten stehe. Das erklärt die Arbeitsfront, die den Arbeiter zum Gefolgsmann des Unternehmers degradiert und jeder staatsbürgerlichen Freiheit beraubt hat! Die wahren Absichten werden sichtbar, indem das »Arbeitertum« mit juristischen Tüfteleien an dem entscheidenden Paragraphen des Konkordats vom 20. Juli 1933 deutet, in dem es heißt:

Art. 31, Abs. 2: Auch solche Organisationen genießen den Schutz, die außer den in Abs. 1 genannten Zwecken auch anderen, auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder Partei zu entfalten.

Hier liegt der Ausgangspunkt für die Angriffe der Arbeitsfront auf die Existenz der konfessionellen Arbeitervereine, die ja,

wie das Blatt schreibt, »die Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art immer auch wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch zu betrachten sind«. Die Arbeiter im Dritten Reich müssen Heloten sein, die weder wirtschafts- noch sozialpolitisch aktiv werden dürfen, weil es ihnen verboten ist, sich gegen die Unterdrückung kapitalistischer Ausbeuter organisatorisch zu Wehr zu setzen. Damit gewinnt aber auch der Widerstand der katholischen Arbeitervereine gegen ihre Auflösung für die übrige Arbeiterschaft und antifaschistischen Kräfte seine besondere Bedeutung.

Im Brennpunkt dieses Teils des Kirchenstreits steht Rheinland-Westfalen, der deutsche Westen, in dessen Bereich dicht gedrängte Massen der katholischen Industriearbeiter wohnen. Hier, wo Essen und Fördertürme am engsten beieinander stehen, wo die Wirtschaft mit reichen Bodenschätzen, den technisch vollkommensten Produktionsmitteln ihre stärkste Organisationskraft besitzt und die Monopolgewaltigen ihr Handwerk betreiben, hier hatte auch die katholische Kirche stets ihre größte Machtposition. Hier sollte die Kirche den sozial und seelisch gehetzten Menschen Zuflucht sein. Es ist daher kein Zufall, daß in diesem katholischen Industriegebiet auch die Kirche nicht darauf verzichten durfte, den von kapitalistischer Erwerbshast gepeinigten Arbeitern und Angestellten Rechenschaft über ihre gesellschaftliche Lage im Diesseits zu geben. Die Pflege des Berufsgedankens, das Verlangen nach Mitbestimmung im Produktionsprozeß waren bei der katholischen Arbeiterschaft des Westens tragende Gedanken der sozialen Bewegung geworden. Die Probleme Katholizismus und Kapitalismus, Christentum und Sozialismus waren aufgerollt worden. Reichstagsabgeordneter Joos sagte einmal:

»Abgehetzte Menschen haben abgehetzte Seelen. Wer sechs Tage nur Arbeitstier ist, kann Sonntags kein vergnügter Mensch sein. Noch einen neuen Typus haben wir in der katholischen Arbeiterschaft, den es vor fünf Jahren noch nicht gab: den Typus des Verzweifelten, der nicht mehr glauben kann an die Wendung des Schicksals.«

Solche Darstellungen haben sich lange vor Hitlers Machtantritt gehäuft und die Diskussion hatte neben Grenzziehungen auch Verbindungen zwischen Katholizismus und Sozialismus aufgezeigt. Es war der Paderborner Geistliche Wilhelm Hohoff, der zuerst den Sozialismus »als sittliche Kraft« erklärte und jene Sozialethik verkündete, die jetzt den ganzen Haß der Nazis hervorrufen mußte. Er hatte in seinem Werk »Die Bedeutung der Marx'schen Kapitalkritik« die Behauptung gewagt, daß an der marxistischen Wirtschaftstheorie nichts Unkatholisches sei. Er ging über die Anerkennung der Marx'schen Kapitalkritik noch hinaus, er suchte sie in Einklang zu bringen mit den Lehren der Kirchenväter. Der streitbare Geistliche, der die wissenschaftliche Leistung Karl Marx' für das Leben der Menschheit, für die Theorie und die Praxis des Rechts, der Wirtschaft und der Gesellschaftswissenschaft für höher erklärte hatte, als die des Kopernikus, wollte den sozialen Gegenwartszustand nicht als unabwendbares Schicksal hinnehmen, wenngleich er niemals Marxist geworden war. Im Verlaufe dieser Diskussion wurde dem Sozialismus der christliche Solidarismus gegenübergestellt und entwickelt. Jesuitenpater Heinrich Pesch, der ihn zuerst prägte, wollte damit über die bloße Sozialpolitik zur gesellschaftlichen Reform gelangen.

Widerstand gegen Gesinnungsspionage

Im Dritten Reich sind die Nationalsozialisten dabei, das grandioseste Spionagenetz, das je über ein Volk ausgebreitet worden ist, lückenlos auszubauen. Außer den Betriebszellenobmännern sind »Betriebswalter« eingeführt worden und die Unternehmer sind verpflichtet, dem Treuhänder, bzw. der Arbeitsfront Auskünfte über die Arbeiterschaft zu geben.

Nun gibt es aber auch heute noch Unternehmer, denen Arbeiter mit einem tüchtigen Fachkönnen lieber sind, selbst wenn sie Freigewerkschaftler mit sozialistischer Gesinnung waren, als Nichtakkönnen, die als Betriebs-

Die sozialistische Arbeiterschaft hatte demgegenüber diesen Solidarismus als wirkungslos erklärt, weil ohne wirklichen Kämpfer- und Ueberwindungswillen das Unrecht der kapitalistischen Uebermacht in der Klassengesellschaft nicht beseitigt werden kann. Für die Nazigewaltigen aber ist die gewaltsame Aufrechterhaltung des kapitalistischen Unrechts Inhalt und höchstes Ideal jeder Sozialordnung geworden. Es geht ihnen nicht nur um die Rangordnung der Kirche im Staate, sondern um die Zerstörung jener Sozialethik, die heute mehr denn je in der unterdrückten und geknechteten katholischen Arbeiterschaft geweckt werden mußte. Ley sieht in den konfessionellen Arbeitervereinen »das Sammelbecken für die ehemaligen Gewerkschaftssekretäre«. Es ist für ihn unhaltbar, daß sich organisatorische Ansätze irgendwelcher Art bemerkbar machen, er braucht willenslose Arbeiter, wenn er seinen Auftraggebern erfolgreich dienen soll.

Im »Schaffenden Landvolk« ergießt Ley die ganze Schale seines Hasses über »Das Katholische Kirchenblatt« des Bistums Berlin, weil es in seiner Ausgabe vom 28. Juli 1935 die Rede, die er auf der Hamburger Reichstagung über »Kraft durch Freude« gehalten hat, als »unchristlich« bezeichnete. Es heißt im Kommentar des Kirchenblattes:

»Nur schmerzvoll und mit tiefstem Bedauern kann der Christ diese Zeilen lesen. Das ist nicht Christi Lehre, das ist nicht Christentum.«

Kraft durch Freude unchristlich — damit wird der größte Propagandaschlag der Nazis als Täuschungsmanöver der Arbeiter entschleierte. Diese sozialen und kulturellen Bewegungsvorgänge im Lager der christlichen Arbeiterschaft können nicht abseits des Blickfelds der sozialistischen Arbeiter im antifaschistischen Kampfe liegen. Der Sozialismus wird immer weltanschauliche Freiheit verlangen, die sozialistische Gesellschaft wird keine religiöse Ausschließlichkeit kennen, ihre Erde hat Raum für alle Menschen als neue Kulturgemeinschaft. Es hieße aber die geschichtliche Situation verkennen, wollten die Arbeiter in Deutschland in traditioneller Fesselung an frühere gewerkschaftliche Richtungen die Notwendigkeit einer neuen die gesamte Arbeiterklasse erfassenden Kampfgruppierung übersehen. Die Schützengräben, in denen sich die freien und christlichen Gewerkschaften von hüben und drüben bekämpften, sind nicht mehr, soziale Erneuerungsziele der gesamten Arbeiterschaft beherrschen das schaffende Deutschland. In der harten Schule der faschistischen Diktatur sind die vorher gewerkschaftspolitisch auseinandergerissenen Kräfte ihrer Organisationsstrukturen ledig. Die brutale Gewalt der Nazis hat die Betriebe einig gemacht. Immer stärker wird der Wille, die neue soziale Gestaltung durch eine neue, alle Kopf- und Handarbeiter umfassende Kampfgemeinschaft zu erzwingen. Hitler hat die freien und die christlichen Gewerkschaften zerstört, er ist dabei, die letzten Reste der auch nur gewerkschaftsähnlichen Vereine zu zerschlagen, alle Organisationen, aber auch ihre trennenden Schranken sind niedergedrückt. Arbeiter und Angestellte sind unterschiedslos in eine falsche Arbeitsfront gezwungen worden — Einheit der Arbeiter durch brutalen Zwang. Schaffen und bauen wir die wahre und echte Einheits-Arbeitsfront!

S. A.

walters als eine »Widersetzung gegen eine Anordnung des Führers und Reichskanzlers« bezeichnet. Dann heißt es:

»Sie lehnen in Ihrem Schreiben vom 23. Juni 1935 an die DAF des weiteren grundsätzlich jede Auskunft über die persönlichen Verhältnisse Ihrer Mitarbeiter ab, namentlich in politischer Hinsicht, weil sie das für sittlich durchaus geboten erachten. Auch diese Stellungnahme Ihrerseits ist ein Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften. Gemäß § 8 A.O.G. ist Voraussetzung für die Ernennung eines Vertrauensmannes unter anderem die Tatsache, daß er die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, der DAF angehöret, sich durch vorbildliche menschliche Eigenschaften auszeichnet und die Gewähr bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Geeignete Vertrauensmänner sind durch mich zu berufen. Zu diesem Zwecke benötige von Ihnen und von dem Betriebsleiter in Ihrem Betrieb Auskünfte über die persönlichen Verhältnisse, der etwa zu berufenden Gefolgshaftsmittglieder, und zwar namentlich in politischer Hinsicht. Gerade die Auskunfterteilung in politischer Hinsicht ist heute Pflicht eines jeden Betriebsleiters... Sie haben die sittliche Verpflichtung über die politische Tätigkeit und Haltung Ihrer Mitarbeiter sorgfältig zu wachen...«

Ein Regime, das sich der Gefolgshaft der Mehrheit des Volkes so sicher ist, wie die Nationalsozialisten nach außen hin immer wieder versichern, bedarf eines so großzügigen Spionageapparates gegen die Arbeiter in den Betrieben nicht. Wenn die Diktatoren über Deutschland dennoch nicht auf ihn verzichten, so berechtigt das zu bemerkenswerten Rückschlüssen.

Dem Artikel ist unter der Überschrift »Fristlos entlassen« noch eine ergänzende Mitteilung angefügt, in der mitgeteilt wird, daß sich der Betriebsleiter der Lübecker Firma »allen Anordnungen des Treuhänders der Arbeit und der Arbeitsfront in unverantwortlicher Weise hartnäckig widersetzt« habe. Eine Gesinnungssammlung habe das »unverantwortliche Verhalten des Betriebsleiters nicht gedeckt, sondern in richtiger Erkenntnis der Sachlage seine fristlose Entlassung ausgesprochen.«

Immerhin: das öffentliche Eingeständnis der weitgehenden Gesinnungsspionage, zu der die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, verdient festgehalten zu werden, für den Fall, daß das Regime schon in Kürze wieder mit der einmütigen Geschlossenheit prahlen sollte, mit der angeblich das Volk zu ihm steht.

Irrsinn

Der Magistrat von Halle an der Saale hat angeordnet, daß Juden nur in der Zeit von 12 Uhr zwanzig Brote beim Bäcker holen dürfen.

Der Verbrecher

Aus einem Nazi-Fachblatt:

»Ein deutscher Friseur, dem es Vergnügen macht, Juden die Bartstoppen abzunehmen, ist ein Verbrecher an der Volksgemeinschaft.«

Vor allem am Vollhart!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphize«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.25 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.